

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckhaus u. Verwaltung: Drag II, Neubaun 15 • Krippl: 36703, 31460, Kofler: 33555 • Postfach: 57344

13. Jahrgang.

Donnerstag, 30. März 1933

Nr. 76.

Die französischen Sozialisten über den Terror in Deutschland.

Der Pariser „Populaire“ beschäftigt sich in einem scharfen Artikel mit dem Terror in Deutschland, für den nicht unverantwortliche Elemente, sondern die Nazi-Chefs und die Regierung Deutschlands die volle Verantwortung zu tragen hat, die sie ja jeden Tag das „deutsche Volk“ gegen den „Marxismus“ und gegen das „Judentum“ aufheben. Das alles sei im Ausland bekannt und deswegen — so heißt es weiter wörtlich im „Populaire“:

„Beginnt die Regierung Hitler unruhig zu werden, denn sie fürchtet stark, daß ihre allgemeine Verwerfung durch die Weltmeinung die moralische und diplomatische Isolierung Deutschlands zur Folge haben könnte. Daher schickt sich die Regierung Hitler auch zu einem neuen Manöver an. Die Ministerreden, die amtlichen Verlautbarungen, die Kommuniqués der Botschafter — alles strebt nach der Beruhigung der Meinung jenseits der deutschen Grenzen. Man meldet, daß die Reichsregierung energische Maßnahmen gegen die „Undisziplinierten“ ergreife, die zu Pogroms und Gewalttaten neigen. Man erklärt, daß die im Ausland veröffentlichten Meldungen falsch seien oder doch zumindest übertrieben. Man versucht, den Terror, der in Deutschland wüthet, als kleine Zwischenfälle ohne Bedeutung hinzustellen. Man will sie mit der „unvermeidlichen Unordnung“ erklären, der ersten Tage der „nationalen Erhebung“ erklären.“

Diese Manöver wird keinen Erfolg haben.

Ein Regime, das aufgebaut ist auf der Gewalt, auf der Mißachtung der elementarsten Freiheiten, auf der Unterdrückung der Arbeiter, ist ein Regime von Schmutz und Blut, das mit allen Kräften zu bekämpfen wir nicht nachlassen werden.

Und wir werden alles tun, um zu verhindern, gegen dieses Regime die öffentliche Meinung aller Länder zu mobilisieren und rings um den deutschen Faschismus eine Art moralischen Block zu schaffen.“

Russischer Protest.

Moskau, 29. März, (Tsch.) Die „Iswestija“ schreiben anlässlich des Ueberfalls auf die Hamburger Zweigstelle der Handelsvertretung der Sowjetunion in Deutschland: die Erklärung des Führers der heutigen deutschen Politik müsse auch mit Taten belegt sein, wobei das Blatt Zweifel vor allem über die Behauptung hegt, daß die Hitlerregierung imstande ist, unter allen Umständen die normale Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu garantieren. Der Hamburger Vorfall ist die Bestätigung für die Nichtsicherheit der Zweifel. Die Leiter der deutschen Politik müssen versichern, daß sämtliche ausgesprochenen Wünsche nach freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und die Worte über „die positive Politik gegenüber den Sowjets“ zergehen wie Rauch angesichts einer derartigen Tatsache, wie es der Ueberfall auf die Sowjetwirtschaftsorganisationen ist. Der Ueberfall in Hamburg ist die praktische Bestätigung der Erklärung Hitlers über „positive Politik“. Unter solchen Umständen kann man den Worten und Deklarationen nicht glauben, und es sei notwendig, die deutsche Politik ausschließlich den Taten nach zu bewerten. „Wir sind überzeugt“, schreibt das Blatt, „daß unsere Öffentlichkeit aus dieser Tatsache die entsprechenden Schlüsse zieht. Wir sind auch überzeugt, daß unsere Regierung diese Tatsache nicht ohne einen energischen Protest lassen wird.“

Vor Spanien krieg's Hitler mit der Angst!

Madrid, 29. März. Die deutsche Kriegsschiffe wollte in der nächsten Zeit den spanischen Häfen einen Besuch abstatten. Rumor wurde aber davon abgesehen, und zwar, wie verlautet, aus Vorsicht, um eventuellen Ausschreitungen seitens der spanischen Matrosen vorzuzukommen. Die spanischen Sozialisten und andere politische Lager veranstalteten in der letzten Zeit zahlreiche Demonstrationen gegen Hitler.

Unsere Antwort an die Kommunisten.

Für die wirkliche Einheit — gegen Parteimanöver!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschloß in seiner Sitzung vom 29. März 1933, die Äußerung der KPC zu dem Angebot der Sozialistischen Arbeiterinternationale wie folgt zu beantworten:

In jedem Augenblick ihres Kampfes hat die deutsche Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht, daß ein Sieg der Arbeiterklasse unseres Landes nur durch Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte möglich ist. Es genügt, auf den Auftakt zu verweisen, den der erste Karlsbader Parteitag durch seinen Beschluß auf Schaffung des Proletariatskongresses gegeben hat, der von der sudetendeutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft begeistert aufgenommen wurde. Es war die große Schuld der Kommunistischen Partei, daß sie aus rein parteistrategischen Gründen die Verwirklichung dieses Gedankens, für den alle anderen sozialistischen Parteien bereits gewonnen waren, vereitelt und so die einzig mögliche Grundlage für den Zusammenschluß des Proletariats aller Nationen und Parteirichtungen vernichtet hat. Was dann in weiterer Folge gerade in der eben gedachten Richtung auf kommunistischer Seite geschehen ist und wie seither jeder Zweig der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unterwühlt wurde, und wie schließlich der Kampf der Kommunistischen Partei — inlogischer Konsequenz ihrer Einstellung — in einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie mündete, das ist viel zu bekannt, als daß es hier im einzelnen angeführt werden müßte.

Darum muß die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei die Antwort der Kommunistischen Partei auf das Angebot der Sozialistischen Arbeiterinternationale mit dem größten Mißtrauen aufnehmen, das durch das Verhalten und die Kampfmethoden, die sich diese Partei gerade in letzter Zeit zu eigen gemacht hat, nur noch verstärkt wird. Es genügt, hier auf die Tatsache zu verweisen, daß der Kampf, den die Kommunistische Partei gerade in den letzten Tagen führt, darauf hinausläuft, den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie — unter bewußter Schonung der kapitalistischen Parteien — noch zu verschärfen und die durch die Gefährdung der Demokratie und den augenblicklichen Aufstieg des Faschismus geschaffene Atmosphäre für ihre parteipolitischen Zwecke nutzbar zu machen. Anders ist, was sich gerade in den letzten Tagen vor unseren Augen abspielt, nicht zu begreifen, wenn man sieht, daß all dies in einem Augenblick geschieht, in dem die Kommunisten den Versuch machen, sich durch ihre Einheitsfrontmanöver in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter einzuschleichen.

Diese Feststellungen genügen, um aufzuzeigen, warum es der Kommunistischen Partei in Wirklichkeit zu tun ist, und daß, solange sie an diesen Kampfmethoden festhält, jedes Zusammengehen in Frage gestellt ist.

Nichtsdestoweniger ist die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei bereit, dem Schreiben der Kommunistischen Partei gegenüber die gleiche Stellung zu beziehen, wie sämtliche anderen der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien. Darum stehen wir auf dem Boden des Beschlusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale und dies nicht nur aus selbstverständlicher internationaler Disziplin, sondern auch, weil wir seine Richtigkeit anerkennen, vorausgesetzt, daß die Kommunistische Partei ihre Kampfmethoden jenen Möglichkeiten anpaßt, die die einzige Voraussetzung für die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte gegen den Faschismus bilden.

Lehnt die kommunistische Partei die internationalen Verhandlungen, die von diesem Geiste geführt sein müssen, ab, so müssen wir aus der Tatsache, aber auch aus jedem Versuche, unter dem Vorwande von Einheitsaktionen den Kampf gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen, darauf schließen, daß auf ihrer Seite der Wille zur Einheit nicht besteht.

Wir zeichnen:

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Der Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Am 18. und 19. Februar 1933 tagte in Zürich das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale, das in einem Aufruf an die Arbeiterklasse aller Länder zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse Stellung nahm. Der betreffende Teil des Aufrufs, der eine Anfrage an die Kommunistische Internationale über die Möglichkeit gemeinsamer Verhandlungen enthielt, wurde von der Moskauer Internationale bisher nicht beantwortet. Darauf bezieht sich auch der Beschluß unseres Parteivorstandes. Wir drucken den erwähnten Abschnitt aus dem Aufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im Nachstehenden ab:

„Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat stets erkannt, daß der Bruderkrieg des Proletariats die tiefste Ursache seiner Schwächung und damit der stärkste Bundesgenosse des Faschismus ist.“

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat daher stets die Ueberwindung der Spaltung, die Einigung des Proletariats als die entscheidende Voraussetzung der vollen Entfaltung proletarischer Kraft angesehen.

Angesichts der furchtbaren Bedrohung der Arbeiterklasse Deutschlands und damit der ganzen Welt, werden die tragischen Folgen der Spaltung sichtbar als niemals früher. Die Verherrungen, die die Spaltung durch einhalb Jahrzehnte erzeugt hat, können leider nicht plötzlich aus der Welt geschafft werden. Aber die geschichtliche Erfahrung des gegenwärtigen Moments muß nicht nur in der Zukunft wirksam werden in dem Willen zum Neuaufbau einer einheitlichen geschlossenen Kampforganisation der Arbeiterklasse, sondern sie muß schon in der Gegenwart zum Versuch führen, die Kampffähigkeit des Proletariats soweit zu steigern als nur irgend möglich.

Die Gefahren sind zu groß, als daß der einmütige Wunsch der Arbeiter nach dem einheitlichen Kampfe des ganzen Proletariats zu parteipolitischen Manövern benutzt werden dürfte. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale erstrebt die einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse auf Grund offener und ehrlicher Verständigung. Wir rufen die deutschen Arbeiter, die Arbeiter aller Länder auf, angesichts der tragischen Gefahren, vor denen sie stehen, die gegenseitigen Angriffe einzustellen und zusammen gegen den Faschismus zu kämpfen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war immer bereit, über solche Kampfgemeinschaft mit der kommunistischen Internationale zu verhandeln, sobald diese sich dazu bereit erklärt.“

Keine Zwangsarbeit!

Seit Monaten führen die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter in der Regierung einen scharfen Kampf gegen alle Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge. Unter dem Vorwande, der Staat vertrage nicht die finanzielle Belastung, wie sie sich aus der Fürsorge für die Arbeitslosen ergibt, werden gegen die Arbeitslosenunterstützung überhaupt und gegen die Ernährungsaktion im besonderen die schärfsten Angriffe gerichtet, die kein anderes Ziel haben, als einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung herbeizuführen. Da keine Aussicht besteht, daß die Forderung nach direkter Verabreichung der Arbeitslosenunterstützung erfüllt werden könnte, suchen die bürgerlichen Parteien ihr Ziel der Herabsetzung der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung auf den verschiedensten Wegen zu erreichen.

Vor allem wird immer wieder darauf hingewiesen, daß an Stelle jeglicher Arbeitslosenunterstützung die produktive Arbeitslosenunterstützung zu treten hätte, das heißt, daß öffentliche Arbeiten unternommen werden und die Arbeitslosen dabei beschäftigt werden sollen. Die Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, und ihre Hauptforderung wird auch in Zukunft darauf gerichtet sein, daß die Arbeiter vor allem Arbeit bekommen, die jedem Arbeitslosen lieber ist als die Unterstützung. Die vor wenigen Tagen von den Parlamenten beschlossene Anleihe der Arbeit, die von der Sozialdemokratie angeregt wurde, dient diesem Zwecke. Es ist aber klar, daß nicht alle Arbeitslosen bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigung finden können, selbst wenn die Anleihe einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg, den wir wünschen, erzielen würde. Es muß auch für diejenigen gesorgt werden, für welche Arbeit nicht vorhanden ist, und das muß teils durch die Arbeitslosenunterstützung nach dem Gutter System, teils durch die Ernährungsaktion geschehen. Daß diese Karten nur wirklich Bedürftige bekommen sollen, ist selbstverständlich und das Ministerium für soziale Fürsorge stimmt einer Kontrolle der Ernährungsaktion nicht nur zu, sondern der Minister für soziale Fürsorge hat sie bei mehreren Gelegenheiten schon direkt verlangt.

Vor einigen Tagen hat nun die Regierung einen Erlass herausgegeben, wonach den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden soll, die Ernährungskarten als einen Bestandteil des Lohnes zu benutzen, wenn sie Arbeiten durchführen. Es soll also ein Teil des Lohnes in Geld, ein anderer Teil in Form der Ernährungskarten ausgezahlt werden. Das Verhältnis zwischen Gemeinde und Arbeiter bleibt hierbei naturgemäß ein freies Arbeitsverhältnis, wobei normale Arbeiten zu dem üblichen Lohn verrichtet werden. Nun haben aber die Landesbehörden, welche dem Ministerium des Innern unterstehen, einen weiteren Erlass — und zwar, wie wir erfahren haben, hinter dem Rücken des betreffenden Ressortministeriums, nämlich des Ministeriums für soziale Fürsorge — an die Bezirkshauptleute hinausgegeben, welcher die Bezirksbehörden zu einem Vorgehen veranlaßt hat, dem auf das Schärfste entgegengetreten werden muß. Die Bezirksbehörden haben nämlich den Gemeinden aufgetragen, Arbeiten durchzuführen, wozu die Arbeitslosen zwangsweise zu verhalten sind. Dieser Zwang besteht darin, daß demjenigen, der diese Arbeit nicht verrichten will, mit dem Entzug der Ernährungskarten gedroht wird. Als Entlohnung bekommt nun der Arbeitslose für 4 Stunden Arbeit eine Ernährungskarte im Werte von 10 Kr., für 8 Stunden eine solche von 20 Kr. Auf diese Weise wird eine Art Zwangsarbeitsdienstpflicht eingeführt. Die Sozialdemokratie kann sich ein solches Vorgehen nicht gefallen lassen und wird alle Hebel in Bewegung setzen, um eine solche Arbeitsdienstpflicht aus

der Welt zu schaffen. Die größte Gefahr, die aus einer solchen Dienstpflicht entsteht, ist die des Lohnbruchs, der Verarmung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft auf ein unerträglich tiefes Maß. Abgesehen davon sind viele Arbeiter, die bisher kein anderes Einkommen gehabt haben als wöchentlich eine Ernährungskarte von 10 Kč, körperlich nicht instande, schwere Arbeiten durchzuführen, insbesondere dann, wenn sie auf Grund ihrer bisherigen Beschäftigung die Einnahme zu derartigen Arbeiten nicht besitzen. Aber es entsteht noch eine andere Gefahr: Die zu diesen Arbeiten kommandierten Arbeiter sind nicht kräftig und unfallversichert und man will also auf diese Weise die Arbeiter auch noch um die Errungenschaften der Sozialversicherung bringen! In Westböhmen hat sich schon ein Fall ereignet, daß ein zu derartigen Arbeiten verwendeter Arbeiter einen Unfall erlitten hat, es ist möglich, daß der Mann um ein Auge kommt, ohne daß er auch nur einen Kreuzer an Unfallrente erhält! Das sind unbillbare Verhältnisse, welche sich die Arbeiter nicht gefallen lassen können, weil sie auf diese Weise um alles gebracht würden, was sie sich in jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben. Die Sozialdemokratie als die Vertreterin der Interessen der Arbeiter wird in der nächsten Zeit alles daran setzen, um diesen chaotischen und für die Arbeiter unerträglichen Verhältnissen, wie sie durch die Anordnungen der Bezirksbehörden, denen das Ministerium für soziale Fürsorge vollkommen fern steht, geschaffen wurden, zu beseitigen. Sie wird jedem Versuch der Einführung der Zwangsarbeitsdienstpflicht, die mit einer Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Gefährdung aller sozialen Errungenschaften verbunden ist, und wie sie durch die Maßnahmen der Bezirkshauptleute eingeschmuggelt werden soll, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie wird es nicht dulden, daß die Arbeiter unter eine Art Ausnahmerecht gestellt werden. Wenn jeder das, was er vom Staate bekommt, abarbeiten soll, dann darf das nicht nur für die Arbeiter allein gelten, sondern auch für die anderen Klassen der Bevölkerung. Die Herren Agrarier wollen weiter ihre Subventionen bekommen, daß aber einer der agrarischen Abgeordneten verlangt hätte, die Subventionen an agrarische Genossenschaften, an die Landwirtschaftsräte, die Ausgaben für die Saatgutaktion oder etwa die Unterstützung bei Elementar Katastrophen sollten abgearbeitet werden, davon hat man noch nichts gehört. Oder werden etwa die Gewerbetreibenden alles das in der Form der Zwangsarbeitspflicht abarbeiten, was die Gewerkeförderungsämter vom Staate bekommen? Es ist das die alte Herrenmoral, die da zum Ausdruck kommt: Die besitzenden Klassen sollen alles bekommen, ohne daß sie die Hand rühren, die Arbeiter aber sollen Zwangsarbeit leisten. Diese Ethik stolzer Bauern und rücksichtsloser Unternehmer empfindet es als unmoralisch, wenn jemand eine Arbeitslosenunterstützung erhält, aber als moralisch, wenn einer zugrundegeht, obwohl er dafür nichts kann, wenn er keine Arbeit findet in einer Gesellschaftsordnung, in der die Bourgeoisie herrscht, in der durch ihre

Politik die Wirtschaft zugrunde gerichtet wurde und in der die Herrschenden die Arbeiter am liebsten verrecken lassen würden. Dieselben Parteien, die heute darüber klagen, daß die Ausgaben für die Arbeitslosen zu groß sind und die Arbeitslosen am liebsten verhungern ließen, sind es, welche durch ihre Handels- und Wirtschaftspolitik unsere Ausfuhr erschlagen haben, die also mitschuldig daran sind, daß die Zahl der Arbeitslosen so groß ist. Sie sind es, welche sich einer vernünftigen Arbeitsmarktregelung widersetzen, die allein eine genaue Feststellung der Arbeitslosen durch Anmeldepflicht ermöglichen würde. Die bürgerlichen Parteien sind es, die zwei Jahre lang die diesbezügliche Vorlage des Ministeriums für soziale Fürsorge sabotieren, obwohl sie weiter unentwegt von der „Fabrikation“ von

Arbeitslosen durch das Fürsorgeministerium reden. Sie sind es, welche die Gesetzgebung der Vorlage über die Biersteuern und -steuer verhindern, die an 15 oder mehr Prozent der Arbeitslosen wieder in die Produktion einreihen und ihnen Brot geben könnte. Sie verhindern den wirksamen Kampf gegen die Krise, weil dies ihre Vorrechte und materiellen Vorteile bedroht. Sie wollen weiter ihr altes Leben führen, derweilen die Arbeitslosen auf der Straße zugrundegehen sollen. Je brutaler und verständnisloser sich die Bourgeoisie den Rufen der unschuldigen Opfer dieser Krise gegenüber zeigen werden, desto eher wird die arbeitende Klasse — durch alle Irrungen und Wirrungen der Zeit hindurch — erkennen, wo der Platz ist, von dem aus sie den Kampf um ein besseres Dasein führen muß.

Unter diesen Umständen gibt es nur zwei Mittel, um das Heer der Arbeitslosen einzuschränken, Fortführung der Arbeitszeit und öffentliche Arbeiten. Die Fortführung der Arbeitszeit, wodurch die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf mehr Menschen aufgeteilt werden könnten, scheitert vorläufig an dem hartnäckigen Widerstand und an dem engstirnigen Egoismus der bestehenden Klasse. So bleibt also nur der andere Weg übrig, nämlich die Finanzgründung größerer öffentlicher Arbeiten. Dazu bedarf es größerer finanzieller Mittel und diese sollen eben durch die Anleihe aufgebracht werden. Die große Zahl derjenigen Menschen sein wird, die auf diese Weise werden Arbeit finden können, hängt davon ab, inwieweit jene, die in der Lage sind, dem Staat Kapitalien zur Verfügung zu stellen dies auch tun werden.

Der Gedanke einer großen inneren Anleihe wurde zuerst von Sozialisten zur Diskussion gestellt und die Durchführung dieser Forderung ist ein Verdienst, der in der Regierung befindlichen sozialistischen Parteien, die auf diese Art zeigen, wie sie positiv an der Verminderung des Verres der Arbeitslosen arbeiten. Es ist wieder einmal erwiesen worden, daß die sozialistischen Parteien noch immer in der Lage sind, ihren bürgerlichen Partnern in der Koalition etwas abzurufen.

Brünn bleibt zweisprachig.

In Mähr.-Ostrau und Olmütz verlieren nach dem Volkszählungs-Ergebnis die Deutschen die qualifizierte Minderheit.

Prag, 29. März. Laut den definitiven Ergebnissen der Volkszählung in Mähren-Schlesien vom 1. Dezember 1930 die im „Věstník státního úřadu statistického“ („Anzeiger des statistischen Staatsamtes“) publiziert waren, wurden im ganzen Lande 3.565.010 Bewohner gezählt.

In Brünn wurden 264.925 anwesende Einwohner gezählt, hiervon waren 257.256 tschechoslowakische Staatsbürger. Unter den tschechoslowakischen Staatsbürgern waren 200.213 Personen tschechoslowakischer Nationalität, 52.165 Personen tschechoslowakischer Nationalität, 149 polnischer, 3295 jüdischer, 988 russischer, 365 ungarischer und 131 anderer Nationalität.

Von einhundert Staatsangehörigen waren 77,83 Prozent tschechoslowakischer Nationalität und 20,28 Prozent deutscher Nationalität.

Brünn bleibt demnach zweisprachig, im Sinne des Sprachengesetzes.

Im Gerichtsbezirk von Mährisch-Ostrau verlieren die Deutschen ihre qualifizierte Minderheit, da die Zahl der Staatsbürger deutscher Nationalität von 20,24 auf 17,08 Prozent gesunken ist.

Auch im Gerichtsbezirk von Olmütz sank die deutsche Minderheit von 21,33 Prozent auf 18,83 Prozent.

Senat.

Gebührentabelle angenommen.

Prag, 29. März. Das neue Wohnungsprovisorium wurde heute im Senat vorgelegt und den Ausschüssen zugewiesen; morgen mittags 12 Uhr beginnt die Plenardebatte, die voraussichtlich im Laufe des Nachmittags beendet werden wird, so daß also der neue Mieterschatz noch knapp am letzten Tag vor Ablauf des alten Gesetzes in Wirksamkeit treten wird.

Die heutige Plenarsitzung war mit der Beratung der neuen Gebührentabelle ausgefüllt, die von einem Subkomitee in einigen Punkten abgeändert worden ist.

Die Vorlage schreibt die Verwendung von Stempelmarken bis zur Höhe von 300 K im Einzelfall vor und führt die vorläufige Vorschriften gewisser Gebühren ein, um zu verhindern, daß sich die Verzögerung dieser Gebühren infolge fehlender Vorschriften jahrelang hinauszieht und der Staat dann vielfach überhaupt um sie kommt. Im Paragraph 3 hatte die Regierung die Vollmacht verlangt durch Verordnung festsetzen zu können, daß gewisse Gebühren ohne amtliche Vorzeichnung zahlbar sind. Auf Wunsch des Subkomitees hat die Regierung nunmehr ausdrücklich alle jene Fälle namentlich angeführt, in denen der Gebührensplacht ohne Aufforderung selbst die Gebühr zu entrichten hat. Weiter wird festgelegt, daß nicht rechtzeitig bezahlte Gebühren bis zur Höhe der doppelten Verzugszinsen erhöht werden können.

Die Ausschüsse haben sechs Resolutionen bean-

tragt, in denen vor allem eine gründliche Reform des 80 Jahre alten Gebührengesetzes gefordert wird.

In der Debatte sprach ein slowakischer Volksparteier, dann wurde die Vorlage mit den vom Ausschuss beantragten Änderungen in erster Lesung angenommen. Weiters wurde noch eines der vielen Auslieferungsbegehren gegen den Senator Lokota in dem Sinne erledigt, daß der Auslieferung nur teilweise stattgegeben wurde.

Arbeitsanleihe.

Heute wird die von den beiden Häusern des Parlaments beschlossene und vom Präsidenten der Republik unterzeichnete Anleihe der Arbeit ausgelegt. Von dem Erfolg dieser Anleihe hängt bis zu einem gewissen Grade die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik ab, denn die dadurch ermöglichten öffentlichen Arbeiten werden einer gewissen Anzahl von arbeitslosen Menschen Beschäftigung geben.

In den letzten Jahren, da die schwere Krise der Weltwirtschaft über uns hereingebrochen ist, hat es sich gezeigt, daß die Privatwirtschaft nicht instande ist, der Krise Herr zu werden. Der Bankenzusammenbruch in den Vereinigten Staaten von Amerika im Herbst und März hat gezeigt, daß wir den Tiefpunkt der Krise noch nicht überschritten haben, daß die Krise noch immer akut ist und daß selbst von der Ueberwindung der akuten Krise durch die chronische Depression — die von manchen bürgerlichen Volkswirtschaftlern bereits in Aussicht gestellt ist — noch keine Rede sein kann.

Präsident Koerner gestorben. Mittwoch der 5. Uhr früh starb im Podolzer Sanatorium nach längerer Krankheit Dr. Eduard Koerner, der Präsident des Obersten Rechnungskontrollamtes an Herzschwäche. Dr. Koerner war Vertreter der zahlreichen großen politischen Parteien, insbesondere im Jahre 1916 im Kramar-Projekt. Im Jahre 1907 wurde er Abgeordneter zum böhmischen Landtag für die Nationalrevolutionäre Partei, für welche er auch im Jahre 1911 zum Reichsratsabgeordneten gewählt wurde. Nach dem Umsturz wurde er von der tschechoslowakischen Regierung als außerordentlicher diplomatischer Bevollmächtigter für die Elbeschiffahrt ernannt und war auch Erster Gesandter der Tschechoslowakei in Berlin. Im Herbst 1920 erfolgte seine Ernennung zum Präsidenten des Obersten Rechnungskontrollhofes.

Ein Tropfen ...

1234 befristet 250.000 Arbeitslose bei Aufforderungsarbeiten.

Washington, 29. März. Der Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Reorganisation ermächtigt, 250.000 Arbeitslose die den Aufforderungsarbeiten zu befristeten. Dieser Entwurf war sehr rasch erledigt. Die Anleihe dauerte nicht länger als drei Stunden. Die Vorlage geht nun an das Repräsentantenhaus das sie in demselben raschen Tempo erledigen soll. Die betreffende Ermächtigung, die einen der drei Punkte des Programms zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bildet, wird in zwei oder drei Tagen auf dem Tisch des Präsidenten liegen. Nach der ohne wesentliche Änderungen erfolgten Erledigung der Vorlage über die Aufforderungsarbeiten tritt der Senat in die Beratung des Gesetzentwurfes Hoover-Lafollette-Costiganova ein; in dem vorgezeichneten wird dem Fonds der Korporation zur finanziellen Gründung 500 Millionen Dollar zugunsten des Staates als Beitrag zu den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu entnehmen. Der Senat und der Repräsentantenhaus sprachen sich am Dienstag einig über den Entwurf aus. Der Führer der Mehrheit, Robinson, wird entscheiden, ob dieser Entwurf sofort oder erst in zwei Tagen zur Abstimmung vorgelegt werden wird.

KARL
UND DAS 20. JAHRHUNDERT
Roman von Rudolf Brunngraber
Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1935

Das einzige Ergebnis der neuen Ordnung blieb, daß die Summe, die er zum Unterhalt der Familie beitrug, adernals vermindert hatte. Da das kleine Weib zur gleichen Zeit an Halsabszessen erkrankte, stand die Familie vorn Hunger und der Obdachlosigkeit. Karl trat Karl vor seinen Ordinarius hin und kündigte seinen Austritt aus dem Seminar an. Er tat diesen Schritt allerdings nicht, ohne die Nacht vorher ein Gebühre abgelegt zu haben, in dem er den Lebenswandel eines Heiligen versprochen, falls er vor dem fürchterlichen Sturz bewahrt bleiben sollte. Und er blieb davon bewahrt. Der Ordinarius ließ seinen weniglich nicht begabten, so doch fleißigen Schüler nicht ziehen. Er vermittelte ihm eine Reihe gut bezahlter Nachhilfsstunden und, trotz seiner Jugend, die Stelle eines Instruktors in einem Ansbachort, für die Karl allein 40 Kronen monatlich erhielt. Das Leben ging weiter. In noch verhältnißmäßig fröhlicher Stimmung als bisher, aber es ging. Und Karl mußte sich nicht einmal allzu sehr in die Anselm der Mäse legen. Der Ernst der Umstände griff ihm nicht an. Der Ernst der Umstände griff ihm nicht an. Der Ernst der Umstände griff ihm nicht an. Der Ernst der Umstände griff ihm nicht an.

in Petersburg aber sagte zur gleichen Zeit (Jänner 1909) Jivovskij zu dem deutschen Botschafter: Vergessen Sie eines nicht, die orientalische Frage kann überhaupt nicht anders als durch einen Konflikt gelöst werden. Dieser Ansicht war auch Conrad von Hörsingdorf. Er verkehrte mit den Gefühlen eines verkannten Genies keine zweite Eingabe, diesmal an Rehrenthal, in der er nicht nur die Vorkriegsposition an der Nordsee für Österreich forderte, sondern auch die Einberufung Serbiens und Montenegros. Deutschland wieder machte Frankreich im Herbst bezüglich Marokkos große Zugeständnisse, kein Legationsrat jedoch, denn es um eine Verständigung nach London geschickt hatte, lehnte unrichtiger Dinge zurück. Man war dort im Augenblick nicht nur dabei, eine Kaiservergrößerung der Drednoughts vorzunehmen, sondern man begann auch die Handelsflotte zu armenieren. Es gab wohl einige Leute in England die wie Lord Rosebery es lächerlich fanden, Deutschland gegenüber eine Politik zu betreiben, als ob es sich um ein Land wie Serbien handelte; aber die Redakteure der Morning Post, der National Review und des Fair Play verfügten über eine suggestivere Sprache. Trotzdem und das Buch des Engländers Norman Angell: Die falsche Rechnung (The great illusion), in dem die Zwecklosigkeit aller modernen Kriege dargestellt war, Gabo in der ganzen Menschheit. Der Satz: Der Eroberer muß, will er nicht selbstmörderisch vorgehen, das Eigentum des Feindes achten, und dann wiederum ist die Eroberung wirtschaftlich wirkungslos — wurde bis in die Urdu-, die Tamil- und Bengalen-Sprache überetzt. Das zeigt, daß in der Menschheit, die am 6. April dieses Jahres Boerj auf dem Nordpol und am 25. Juli Louis Blériot überm Ärmel kan, die Sehnsucht nach der erlösenden Formel noch war. Aber es war jubel Chemie, jubel Metallurgie, jubel Konstruktionsstechnik in der Welt und die Jahresproduktion an Robeilen hatte sich seit 1870 von 12 auf 70 Millionen Tonnen vermehrt. Am

gleichen Tag, als Andrew Carnegie, von der Sorbonne gefeiert, der französische Regierung einen Scheck auf 1 Million Dollar für Heiden der Humanität überreichte, empfing der Zar Herr Krupp, Herr Schneider-Creuzot und Herr Skoda, um ihnen Kanonenaufträge zu erteilen. Es gab mithin auch ein übernationales Interesse an Kriegslieferungen, bei dem das fatalste die engen Beziehungen der Rüstungsindustriellen zu den Regierungen waren. Diese Beziehungen gingen so weit, daß, wie in Deutschland im Fall Stamm, eine Familie den Panzerplattenkönig und den tonangebenden Mann im auswärtigen Amt stellte. In England war ein Bruder des Generalkonsuls Vintellon Direktor bei Armstrong. Andere Armstrongdirektoren waren Jivovskij, der Admiraltät oder Sekretäre des Committee of Imperial Defense. In der National Service League saßen acht Präsidenten und Direktoren der Waffenindustrie. Schneider-Creuzot in Frankreich beschäftigte in Privatdiensten zwei Admirale und einen Bruder Clemenceaus, überdies nahm er stärksten Einfluß auf die Ernennung des jeweiligen Marineministers. In Rußland waren die Generale geradezu die Agenten der Rüstungsindustrie. Aber diese Ringe waren nicht geschlossen gewesen, hätten sich ihnen nicht auch die Banken in allen Ländern eingefügt. So stellen beispielsweise in diesem Jahr die Niederösterreichische Escomptegesellschaft und die Bodenkreditanstalt in Wien der chinesischen Regierung eine Anleihe nur unter der Bedingung zur Verfügung, daß sie einen Teil davon für Aufträge an die Cantiere Navale Triestino und die Skoda-Werke verwenden. Das Bankhaus Cassel in London oder Bériot in Paris verfuhr mit anderen Regierungen gegenüber nicht anders.

beiden (Dezember 1909): In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung um. Nach zwingender als die Ideale aber waren gewisse Umstände. So hatten England, Frankreich und Deutschland seit den achtziger Jahren hunderte Millionen englische Pfund in der Türkei angelegt. Einem deutschen Konzern aber war 1903 die Erbauung der Bagdadbahn übertragen worden. Das hatte zur Folge, daß zur Zeit (1910) die Handelsbeziehungen Deutschlands zur Türkei (seit 1901) um 166 Prozent gewachsen waren, während die Englands nur eine Steigerung von 25 Prozent und die Frankreichs nur eine solche von 17 Prozent erfahren hatten. Dieser Entwicklung mußte unbedingt Einhalt geboten werden. Dafür waren in erster Linie eingenommen die Schwerindustriellen Mittelenglands, die Kleinasien als Ausfuhrgebiet für ihren Stahl, ihre Schienen, ihr rollendes Material zu verlieren fürchteten die Eisenbahnen Nordfrankreichs, die Schiffbauunternehmern der beiden Staaten, die ihren Entgang an Frachten berechneten, der anglo-indische Handel, der die nahe Konkurrenz Scheute, und natürlich die heiderseitigen Militär- und Flottenbürokraten mit der in ihnen vertretenen Rüstungsindustrie. Noch schicksalshafter, vermeintlich als alle diese Kräfte drängte Rußland nach dem Orient. Das Reich hatte an die 50.000 Meilen neue Eisenbahnen gebaut, hatte keine Eisenbahn in den letzten zehn Jahren nahezu verdreifacht, seine Textilindustrie nahezu verdreifacht. Wo, wenn nicht in Kleinasien, sollte Moskau seine Fabrikartikel absetzen? Hierzu aber war es nötig, daß zwischen Erzurum und Diarbekir auch weiterhin die Manlelei seien und nicht eine Eisenbahn, selbst keine französische.

(Fortsetzung folgt.)

Mildes Urteil für Wiener Hakenkreuzler.

Wien, 29. März. Heute, um halb 18 Uhr wurde das Urteil im Prozeß gegen 10 Nationalsozialisten gefällt, die angeklagt waren, den Tränengasangriff im Kaufhaus Berggasse in der Weihnachtswode verübt zu haben. Fünf Angeklagte wurden der Übertretung der öffentlichen Sicherheit schuldig erkannt. Josef Hitzthum erhielt zwei Monate, Max Grillmayer zwei Monate strengen Arrests. Außerdem wurden drei Angeklagte zu drei bis vier Wochen Arrest verurteilt. Die Untersuchungsphase wurde allen Verurteilten in die Strafe eingerechnet. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Trotz des außerordentlich milden Urteils benützten die Hakenkreuzler die Gelegenheit und demonstrierten abends in der inneren Stadt. Sie warfen in einigen Kaufhäusern die Fenster ein und lösten durch den durch sie hervorgerufenen Wirbel den Verkehr. Die Kundgebungen der Nazis hielten bis in die späte Nacht an und führten außerdem zu einem ernstlichen Konflikt in der Regierung. Es zeigt sich jetzt, daß die Polizei gegen die Hakenkreuzler kaum mit Erfolg einschreiten kann, weil sich unter den Polizisten sehr viele Nationalsozialisten befinden, die mit den Demonstrierenden Nazis fraternisieren. Straßen die für die Kundgebungen der Hakenkreuzler gesperrt wurden, gaben die Polizisten den heranströmenden Nazis unter dem Rufe „Heil Hitler!“ frei. Bei der Regierung herrsche über diese Wahrnehmung außerordentliche Bestürzung, um so mehr als sich jetzt herausstellt, daß sich unter dem Polizeipräsidenten Brandl weite Teile der Polizeiführer der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Brandl selbst soll in den nächsten Tagen nach München gehen, um sich für die Übernahme des Kommandos bei den österreichischen Hakenkreuzlern vorzubereiten.

Kriegsbericht des Herrn Dollfuß.

Kommunistenverhaftungen in Wien.

Wien, 25. März. (N.) Wie die Polizeikorrespondenz meldet, verhafteten heute vormittags Kommunisten einer Parole des Zentralarbeitslosenkomitees Folge leistend, in die innere Stadt zu ziehen, um dort zu demonstrieren. Die Polizei konnte diese Kundgebung im Keime ersticken, wobei 308 Personen zur Ausweisleistung festgenommen wurden. Ungefähr um dieselbe Zeit veranstalteten in mehreren Wiener Bezirken die Nationalsozialisten einen Bummel, wobei sie Flugzettel verteilten. Wo der Bummel demonstrativen Charakter annahm, schritt die Polizei ein und verhaftete die Demonstrierenden.

Graz, 27. März. Die hiesige Polizei ist einem Geheimbund auf die Spur gekommen, welchem eine größere Anzahl von kommunistischen Oppositionellen angehört. Im Zuge der gegen den Geheimbund verhängten Maßnahmen wurden in einer Privatwohnung in der Ungargasse zwei Kilo Gramm Ammonit, ein großer Vorrat von Blindgarnen, zahlreiche Sprengstoffe, Leuchtpatronen und anderes explosives Material beschlagnahmt. Acht Personen wurden verhaftet.

Keine Auflösung des Schutzbundes.

Wien, 29. März. Die für heute angekündigte Entscheidung über die Auflösung des republikanischen Schutzbundes in Oesterreich wurde verschoben, da wegen des Widerstandes der beiden Landbundminister eine Einigung nicht erzielt werden konnte, und weil, wie die Abendblätter berichten, außerdem die rechtlichen Voraussetzungen für diesen Beschluß neuerlich geprüft werden müssen.

Japans Austritt aus dem Völkerbund.

Offizielle Mitteilung in Genf.

Tokio, 27. März. (Reuter.) In der der japanischen Delegation nach Genf deponierten Note über den Austritt Japans aus dem Völkerbunde heißt es u. a.: Der Völkerbund hat scheinbar der Aufrechterhaltung einer nicht zu verwirklichenden Formel größere Bedeutung beigelegt als der tatsächlichen Sicherung des Friedenswerkes und legte der Verteidigung akademischer Theorien mehr Gewicht bei, als der Ausrottung der Keime künftiger Konflikte. Diese Erwägungen veranlassen die japanische Regierung, der unüberbrückbaren Differenz in den Anschauungen, welche Japan und den Völkerbund in Angelegenheit der Friedenspolitik trennt, formalen Ausdruck zu geben.

Amerikanische Staatsangehörigen-Gehälter um 15 Prozent gekürzt

Washington, 29. März. (Reuter.) Präsident Roosevelt ordnete an, daß den Regierungsangestellten beginnend mit dem 1. Jänner 1933 rückwirkend deren Gehälter um 15 Prozent reduziert werden. Davon werden alle Föderalbeamten einschließlich der Angestellten der Armee, der Kriegsmarine und der Luftfahrt betroffen. Durch diese Maßnahmen werden 125 Millionen Dollar erspart. Nach der Erklärung Roosevelts, in der er die Notwendigkeit dieser Maßnahme begründet, ist der Anstieg der Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten im Jahre 1928 um 21,7 Prozent gestiegen.

Der Judenboykott in Deutschland.

Stimmen aus dem Ausland.

New York, 29. März. Der New Yorker Stadtrat hat einstimmig beschlossen, die Regierung der Vereinigten Staaten zu ersuchen, bei der deutschen Regierung wegen der „Judenverfolgungen“ vorstellig zu werden.

Mexiko, 29. März. In einer Kundgebung protestierten etwa 1000 Juden gegen die Behandlung der Juden in Deutschland.

New York, 29. März. (Wolff.) Die Morgenblätter berichten in großer Aufmachung über den angekündigten Boykott der jüdischen Geschäfte in Deutschland.

London, 29. März. Die Meldungen der Presse über den von der nationalsozialistischen Partei beschlossenen Boykott jüdischer Geschäfte usw. beschränkt sich in der Hauptsache auf die ausführliche Wiedergabe der Tasso'schen und auf Berichte, die zeigen wollen, daß der Boykott in verschiedenen Teilen Deutschlands, wie Oberschlesien, Ruhrgebiet, Mecklenburg, bereits begonnen habe.

Schließung jüdischer Geschäfte.

Berlin, 29. März. (Wolff.) In den letzten Tagen kam es wiederholt zu Ausschreitungen, in deren Verlauf bei zahlreichen jüdischen Geschäften Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Von besonderer Zeit wird darauf hingewiesen, daß bei solchen Handlungen die wirklich Geschädigten nicht die betreffenden jüdischen Firmen sind, sondern die deutschen Versicherungsgesellschaften und daß dadurch letzten Endes deutsches Volkvermögen mutwillig vernichtet wird.

Wernigerode (Sachsen), 29. März. Am Dienstag wurde hier durch SA die Schließung der jüdischen Geschäfte in der Stadt vorgenommen. Außerdem nahm die SA die jüdischen Haushaltungsvorstände fest, deren Freilassung aber heute vormittags von der hiesigen Polizei wieder veranlaßt wurde.

Emden, 29. März. In der letzten Nacht wurden 24 große Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Emden zertrümmert. Von den Tätern ist nichts bekannt. Es wurde lediglich ein eiserner Hammer sichergestellt, mit dem wahrscheinlich die Scheiben

Die Stahlhelm-Revolte in Braunschweig.

Kampf um die Futterkrippe.

Berlin, 29. März. Ueber die Hintergründe der braunschweigischen Ereignisse erfährt man wichtige Einzelheiten aus dem Schreiben des verhafteten Stahlhelmführers Schrader, das dieser am 20. März an den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Düsterberg, gerichtet hat.

In diesem Schreiben, das von der Tel.-Union veröffentlicht wird, gibt Schrader dem Stahlhelmführer Düsterberg Recht, daß der Stahlhelm ungewöhnlich forsch vorgehen müsse, wenn er sich von den Nationalsozialisten nicht völlig überrennen lassen wolle. Es sei fast unmöglich, bei den Innenministerien, die ja nationalsozialistisch besetzt seien, Stahlhelmforderungen durchzudrücken. Er habe dem deutschen Ministerpräsidenten in mehreren stundenlangen Unterredungen klarzumachen versucht, daß, wenn er mit seinen Forderungen beim Innenminister Klooges nicht durchkomme, er ihm (Schrader) Bescheid sagen wolle. Er, Schrader, werde dann innerhalb von 24 Stunden mit tausend gut uniformierten Stahlhelmern vor dem Ministerium oder wo er es sonst für nötig halte, aufmarschieren, um einen Druck auf die Nationalsozialisten auszuüben und zu verhindern, daß die schwarz-weiß-rote Kampffront von den Nationalsozialisten überannt werde.

In einem weiteren Schreiben Schraders heißt es: „Meiner Ansicht nach darf in diesen bewegten Uebergangswochen der Kamerad Seidie nicht in erster Reihe Arbeitsminister, sondern der getreue Eckhart des Stahlhelms sein, dessen erste und einzige Pflicht in diesem Augenblick darin besteht, auf Hitler und den Reichspräsidenten zu drücken, daß auf allen Gebieten der Befestigung von Posten der Stahlhelm ausreichend berücksichtigt werde. Der nationalsozialistische Partei gegenüber hilft nur außerordentliche Frechheit. Ich halte es für verfehlt, dem Landesverband im Augenblick anzuraten, vorsichtig bei den Renommee zu sein. Ich werde aller Voraussicht nach hier in Südbraunschweig in den nächsten Tagen eine Arbeiterkameradschaft von etwa 120 Mann aus den Wäffling-Werken aufziehen. Diese Arbeiter sind bis vor wenigen Tagen Kommunisten gewesen. Ich mache das hier so: Diese Leute gehen nicht in den bereits bestehenden Ortsgruppen unter. Sie bilden eigene örtliche Gruppen. Zum Führer wurde ein seit Jahren treuer Stahlhelmer aus den Wäffling-Werken bestimmt. Die Leute werden eingekleidet und sofort wehrvorbereitungsbearbeitet. Heute abends wird in den verschiedenen Zweigen meines Landesverbandes den Führern befohlen, gemeinsame Arbeit und unter dem Druck der Wäffling-Werke des Stahlhelms in den verschiedenen Gemeinden solche neue Ortsgruppen zu bilden.“

Von der Reichspressstelle des Stahlhelms wird dem Contibüro geschrieben: Zu den aus der Rheinpfalz einlaufenden Meldungen über die Verhaftung von Stahlhelmen-

verhafteten worden sind. Die Tat muß gegen halb 2 Uhr früh begangen worden sein.

Herrn Hitler gefällt die Haltung des Auslandes nicht!

Berlin, 29. März. In der heutigen Ministerbesprechung, die zu der vorgezeichneten Zeit um 12 Uhr mittags begann, erklärte eingangs Reichskanzler Hitler, daß die Vorgänge in Braunschweig vollkommen geklärt seien und daß der Zwischenfall im beiderseitigen Einvernehmen beigelegt worden sei.

Weiter sprach der Reichskanzler über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Kreuzpropaganda im Ausland. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden mußte, weil sie „aus dem Volke selbst herauskam“ und ohne Organisation leicht unerwünschte Formen annehmen hätte. Die Abwehr durch die Organisation liege fest in der Hand maßgebender Instanzen, also vor allem der Führung der NSDAP. Es werde verhindert werden, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber anerkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland selbst mit voller Schärfe treffe. Hitler wies daraufhin, daß aus London gemeldet wird, daß dort immer noch in großer Anzahl Kraftwagen mit Plakaten umherfahren, die zum Boykott gegen Deutschland auffordern. Es unterliege keinem Zweifel, daß diese Bewegung gegen Deutschland organisiert sei. Ähnliche Meldungen kämen auch heute wieder aus New York.

Und Goebbels gibt der gehorsamen Presse ein Zuckerl.

Berlin, 29. März. (Conti.) Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat der Presse seinen Dank aussprechen lassen für die Unterstützung, die die letzten Aktionen der Regierung, sowohl die Veranstaltungen in Potsdam wie auch die Aktion gegen die Grenzmeldungen im Ausland bei der Presse gefunden hat. Er hat bei weiterem derartigen lobalen Verhalten der Presse seinen Willen bekundet, die Freiheit der Presse weiter zu fördern.

führen dortiger Ortsgruppen und anderer dem Stahlhelm angehörender Persönlichkeiten durch SA und SS stellen wir fest: Es handelt sich hierbei lediglich um Unstimmigkeiten und Mißverständnisse in der Befestigung der Stellen bei den Arbeitsämtern.

„Ruhe“ in Braunschweig.

Braunschweig, 28. März. (Tsch. B.-B.) Die Schutzpolizei begann kurz nach 22 Uhr mit der Freilassung der 1350 im Krankenhausgebäude Verhafteten. In Trupps von fünfzig Mann verließen sie das Gebäude. Auf der Straße hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Die polizeilichen Absperrungsmaßnahmen waren auch wieder aufgehoben. Die Verhafteten haben rund 25 Stunden im Gebäude der Ortskrankenkasse zugebracht. Gegen Mitternacht waren die Entlassungen bis auf die rund hundert Verhafteten, die nach Wolfenbüttel gebracht werden, in der Hauptsache erledigt.

Die Konkurrenz wird besichtigt.

Rannheim, 29. März. Die Arbeitsdienstlager des Stahlhelms in Belderwoog und Germersheim sind besetzt worden. Mehrere Stahlhelmmänner in Speier, Zweibrücken, Neustadt a. d.ardt und Landstuhl wurden verhaftet.

Das Recht auf Arbeit nur Hakenkreuzler.

Berlin, 29. März. In Kunzendorf in Schlesien hat die nationalsozialistische Betriebszelle folgende Bekanntmachung erlassen: Die Reichsbahn stellt für ihre diesjährigen Arbeiten eine Reihe neuer Leute ein. Die Vermittlung der Arbeit hat sie für Schlesien ausschließlich der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation übertragen. Die anzustellenden Leute müssen Mitglieder der NSDAP sein. Es ist jedem Arbeitslosen anzuraten, der NSDAP beizutreten, da in Zukunft die Vermittlung von Arbeit nur die NSDAP in Frage kommt.

Sondergerichte.

Berlin, 27. März. Der preussische Justizminister hat eine Ausführungsverordnung über die Bildung der Sondergerichte bekanntgegeben. Danach werden in Preußen dreizehn Sondergerichte gebildet. Die Sondergerichtssachen sollen seitens der Staatsanwaltschaft möglichst von Beamten bearbeitet werden, die politische Strafsachen mindestens schon früher bearbeitet haben. Bestimmt wird ferner, daß die Sondergerichte nicht zur Verurteilung von Brandstiftungen befugt sind. Rechtsmittel gegen ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Konterfei des Herrn Streicher.

Berlin, 28. Mai. Der zum Leiter des Aktionskomitees gegen die deutschen Juden ernannte Abgeordnete Julius Streicher entstammt dem Lehrerberuf, aus dem er wegen politischer Untriebe und krimineller Delikte vor Jahren schon ausgeschieden mußte. Streicher gehört der Hitlerpartei seit 1920 an und ist der Gründer der nationalsozialistischen Bewegung in Nordbayern (Nürnberg). Er stand lange Zeit hindurch in scharfer Gegensatz zu Hitler, galt allgemein als der „Gegenpapst“, löhnte sich jedoch mit Hitler aus, nachdem dieser im November vorigen Jahres Streichers stärksten Feind, den Abgeordneten Gregor Strasser, aus seinen Parteiämtern entfernt hatte. Streicher gibt in Nürnberg eine Wochenzeitung „Der Stürmer“ heraus. Dieses Blatt ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus berüchtigt als das Organ des Sexual-Antifemismus; die Spalten dieses „Stürmers“ entsprechen der Atmosphäre Streichers, der dort seine verdächtigsten Sexual-Komplexe abregiert, ablagert und — schließlich zu Geld zu machen versteht.

Die „Weltanschauung“ Streichers hindert ihn jedoch nicht, mit besonderer Vorliebe reiche jüdische Frauen und Mädchen in seine Netze zu locken. Wegen dieser Dinge und wegen der mehrfachen Antierschlagung von Parteigeldern laufen gegen Streicher vor dem Parteigericht seit Jahren eine ganze Reihe von Verfahren; über Streicher erklärt der Vorsitzende dieses Parteigerichts, der Abgeordnete und Major Walter Buch: „Streicher ist in der Hitlerpartei stark genug, um sich den Luxus jeder Schweinerei ungestraft leisten zu können!“

Aus Goebbels Reich.

Kommunistische Sprengstofforganisation „entdeckt“.

Reddinghausen, 29. März. (Tsch. B.-B.) Der politischen Polizei in Reddinghausen ist es gelungen, eine umfangreiche Sprengstofforganisation der KPD festzustellen. Diese Organisation trug den Namen „Apparat“. Stützpunkte waren u. a. in Böttrop, Mülheim, Oberhausen. Die Mitglieder der Sprengstofforganisation wurden in längeren Kursen von führenden Kommunisten unterrichtet und haben hierbei genaue Anweisungen für die Sprengung von Brücken, Gebäuden und Straßen erhalten. (1)

Bemerkenswert ist (berichtet Goebbels' Polizei, D. Ned.), daß die Rührigkeit der Proletarier KPD von russischer Seite durch die Schenkung einer roten Fahne anerkannt wurde, die in deutsch und russisch die Aufschrift „Proletarier aller Länder vereinigt euch. Höher die Fahne des Kampfes für eine proletarische Revolution.“ trägt.

Stimmungsmache geht weiter.

Düsseldorf, 29. März. Die nationalsozialistische „Düsseldorfer Volksparole“ bringt einen amtlichen Bericht, wonach die KPD die Absicht hatte, durch Einführung von Gift in die Gemeinschaftsküchen der NSDAP die gesamte Düsseldorfer SA zu vergiften.

Ala-Bund ohne Aufhäuser.

Der bisherige Vorsitzende legt sein Amt nieder.

Berlin, 29. März. In der gestrigen erweiterten Vorstandssitzung des Bundesvorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wurden die für den Weiterbestand der Gewerkschaft erforderlichen Maßnahmen erörtert. Der Vorstand bekannte sich zum Grundsatz des Kollektivvertrages sowie zur Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien und brachte den festen Willen zum Ausdruck, auch für die Zukunft die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Angestellten mit ununterbrochener Kraft wahrzunehmen. Der bisherige Bundesvorsitzende Reichstagsabgeordneter Aufhäuser ist angesichts der politischen Lage aus eigenem Wunsch von seinem Amt zurückgetreten.

Zusammenstoße in Berlin und Hamburg.

Berlin, 28. März. In Berlin und Hamburg, sowie — sicherem Vernehmen nach — auch in anderen Städten ist es gestern und heute zu schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen des „Stahlhelm“ und solchen der Hitlerpartei gekommen. In Berlin sind mehrere Verletzte auf beiden Seiten zu verzeichnen.

Der Faschismus in Hamburg.

Hamburg, 29. März. Der Senat hat das Befehl über die Erklärung des 1. Mai zum Feiertag außer Kraft gesetzt. Auch hier ist das Verbot der sozialdemokratischen Presse bis auf weiteres verlängert worden.

Einstein verzichtet auf die preussische Staatsbürgerschaft.

Brüssel, 29. März. Professor Einstein hat nach seiner Ankunft in Belgien noch von Vord der „Belgienland“ einen Brief an die deutsche Gesandtschaft in Brüssel gerichtet, in dem er über eine Mitteilung darüber bittet, welche Schritte er zu unternehmen habe, um die preussische Staatsangehörigkeit aufzugeben, die er durch seine Anstellung bei der Preussischen Akademie der Wissenschaften erlangt habe.

Die Vergessenen

Zu früh gefallene Vorkämpfer der Nazikultur.

Bei dem feierlichen Nimmenschau von Potsdam hat man mit Reminiscenzen und Totenfieren nicht gespart. Die Veteranen von 1866 und 1870 wurden gefeiert, die Kriegsgesellen von 1914/18 wurden geschändet, indem sie zu Vorkämpfern der feigen SA-Mörder gestempelt wurden, an den Gräbern der SA-Männer erschienen Hitler und Goebbels, den Generalfeldmarschall schleifte man von einem toten Preußenkönig zum andern, man schmelzte in Geisterbeschwörungen und leibhaftig trat das Grauen in der Gestalt des „Kronprinzen“, des Totenopferbräutern und Schlichters von Verdun, unter die Erneuerer Deutschlands. Wenn irgendein Symptom sichhaltiger Beweise dafür ist, daß hier keine Revolution, sondern eine Reaktion stattgefunden hat, dann dieser rückwärtsgehende Blick der Sieger, die der Zukunft Phrasen, der Vergangenheit aber greifbare Geispenster abgewinnen.

Warum aber hat man bei diesen Festlichkeiten die vergessenen, die den Geist der neuen Zeit vor Jahren schon bereiten und ihr Wirken im Sinne des Aufbruches der Nation mit dem Leben bezogen haben? Warum hat man die vornehmsten Ahnen der Mörder von Potempa und der Quäler des Genossen Zollmann, der Folterknechte von Spandau und der Scharfschützen an der sächsischen Grenze, der prominenten und der gewöhnlichen Soldaten vergessen?

Undank ist der Lohn des Dritten Reiches für die ersten Verführer der Nazikultur in Deutschland.

Es ist Jahre her, da fiel auf dem Schaffott zu Hannover der Kopf des Sadisten Saarman, der sich rühmen konnte, seinen Blutdurst an rund dreißig jungen Männern und Knaben gestillt zu haben, denen er die Gurgel durchgehauen hat. Welch ein Vorbild für die Burichen, die heute ihre Opfer wie das Vieh abstecken, die Kräfte verbrennen. Eine Justiz, die sich noch nichts von der Schwelgepflicht trauen lieh, die ihr einige Jahre später auferlegt werden würde, hat ohne Verständnis für den Geist der erwachenden Nation den Sadisten von Hannover auf das Schaffott geschickt.

Da war der Massenmörder Denke in Schlesien. Er lockte Wanderer in sein Haus, schlachtete sie kühnherz und trug ihr Fleisch. Geist von seinem Geist, Blut von seinem Blut mußten wohl jene sein, die heute ihre Gefangenen stundenlang mit Sobrluten peitschen, die Menschen aus den Betten holen, um sie nackt in einen Keller zu sperren, aus dem man sie nach Belieben zur „Behandlung“ hervorholen kann. Auch Denke fand kein Verständnis bei der Mindest — um so dankbarer sollte die braune Nachwelt des Vorkämpfers gedenken.

Und noch einer war da, Peter Kürten aus Düsseldorf, der den Deutschen eine Vorahnung des Dritten Reiches vermittelte und sie daran gewöhnte, Blut zu sehen. Er mordete kleine Mädchen, wardete zu keiner Lust. Auch seine Krankheit wurde mit der Guillotine behandelt. Die Burichen, die Wilhelm Zollmann Tenz in die Augen geschmiert, die ihre Rindurft in den Mund des Opfers verrichtet haben, sind des Vorkämpfers würdig, der, ebenfalls ein Sohn des Rheinlandes, so wenig Verständnis für seine nationalsozialistischen Besitzungen fand.

Sie alle, die man als Lust- und Raubmörder gelobt, gebogen und verscharrt hat, hätten ihr Leben reiten, mehr als das, sie hätten große nationale Helden werden können, wenn sie ihrer Zeit nicht vorausgeleitet wären. Die gleichen unwiderstehlichen Instinkte trieben sie, die heute jene leiten und treiben, die Blut und Feuer sehen müssen, um glücklich zu sein. Aber sie hatten noch keine Uniform, hinter der sich straflos der sadistische Lustmord verstecken konnte, ihnen stand zur Verkündigung ihrer Lehren noch nicht der Rundfunk zur Verfügung, sie wurden nicht als Erwecker der Nation gefeiert, sondern die Republik, die eben für den Aufbruch der Nation kein Verständnis hatte, behandelte sie als gemeine Verbrecher. Dätten sie gewartet, bis die Nation erwacht und aufgedröhren war — wer würde sie heute strafen, wenn sie die Kinder von Kommunisten und Sozialisten erschlagen, vergossenen Blut der Landesverräter fülligten, ihre sadistischen Instinkte an denen befriedigten, die ein Minister des Dritten Reiches für vogelfrei erklärt hat! Als sie wirkten, herrschte noch das Vorurteil: Du sollst nicht töten. Welche Helden hätten sie einer Zeit sein, in der befohlen wird: Du mußt töten, sonst wirst Du getötet!

Das soll keine Satire sein. Das ist eine ganz erubrierte Ueberlegung. Nationalsozialisten herrschen über Deutschland. Es wird Zeit, daß sie einer Ehrenpflicht genügen: dazwischen zu denken, die ohne den Vorwand des Nationalismus schlichte Soldaten ohne Uniform gewesen sind!

Vom Rundfunk

Freitag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 17: Kammermusik. 18.25: Deutsche Sendung. Dr. Weingärtel: Die Unfruchtbarkeit der Frau. 19.25: Violinkonzert. 21: Orchesterkonzert. — Brünn: 18.10: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Aktuelles aus dem Sportleben. 19.25: Französische Lieder und Lieber. 20.15: Ende: „An den Bergen“. Süderlinie. — Berlin: 19.15: Bericht aus Amerika. — Wuppertal: 19.20: Süddeutsche Volkshör. — Pommern: 21: Anton Bruckner: Dritte Sinfonie. — Pommern: 21.15: Station D im Elbegebiet. — Leipzig: 21.45: Lieberstunde. — München: 19: Orchesterkonzert. — Wien: 20: Orchesterkonzert.

Aus der Garküche der deutschen Reaktion.

Die Maß-Liebe Hugenberg-Hitler.

Berlin, 28. März. Im deutschnationalen Lager war der Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz hart. Ein Zeichen, daß es mit der viel betonten Einigkeit innerhalb der „Regierung der nationalen Erhebung“ nicht allzuweit her ist. Dafür spricht auch der Schlussatz des Ermächtigungsgesetzes, in dem es heißt, daß das Gesetz „außer Kraft tritt, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst“ wird. Dieser Passus, der auf ausdrücklichen Wunsch der Deutschnationalen in das Gesetz aufgenommen wurde, läßt mindestens, soweit die Antrosteller in Frage kommen, die Schlussfolgerung zu, daß sie von einer vierjährigen Dauer der mit Hitler gebildeten Regierung nicht hundertprozentig überzeugt sind. Hitler hat seinen Regierungspartnern die gewünschte Konjession in der Annahme gemacht, daß sie niemals praktische Bedeutung erlangt. Nicht weil er der Ueberzeugung wäre, daß die Deutschnationalen vier Jahre bei der Stange bleiben. Seine Argumentation ist vielmehr die, daß er selbst bei einer Flucht der Deutschnationalen Partei nicht zurücktritt, das Kabinett weiter seinen Namen führt und damit die Voraussetzungen des Artikels 5, nach dem das Ermächtigungsgesetz außer Kraft tritt, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird, nicht erfüllt seien. Die Nationalsozialisten argumentieren so zum größten Leidwesen der Hugenberg-Fraktion.

Im deutschnationalen Lager war nur eine kleine Zufallsmehrheit für das Gesetz. Minderheit und Mehrheit hielten sich ungefähr die Waage. Während ein Teil der Mehrheit, etwa 20 Abgeordnete, für den Fall der Ablehnung mit dem Uebertritt zu den Nationalsozialisten drohte, wandte sich ein Teil der Minderheit mit der Aufforderung an das Zentrum, das Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Selbst zu

schlapp und ohne Mut hoffte ein Teil der deutschnationalen Fraktion durch das Zentrum vor dem Ermächtigungsgesetz bewahrt zu werden. Im Zentrum hat diese Hoffnung keine Rolle gespielt. Man ging über diese Intrigen der Minderheit der deutschnationalen Fraktion gegen die Mehrheit und gegen die Hitler-Regierung zur Tagesordnung über.

Aus dem Preussischen Landtag ist schließlich ebenfalls noch ein Vorkauf zu berichten, der gleichfalls nicht davon zeugt, daß Charakter, Ehrenhaftigkeit und Treue die Haupttugenden der Männer der „nationalen Erhebung“ sind. Der intellektuelle Urheber dieser Erhebung ist Herr von Papen. Er hat Hitler den Weg zur Macht gebahnt. Als Preis dafür war ihm von Hitler das Amt des Ministerpräsidenten in Preußen zugesichert worden. Als dieses Versprechen eingelöst werden sollte und Hitler es einlösen wollte, kam es zu einer Rebellion im Reichstag. Ihre Preußen-Fraktion, die Führung der SA und SS widersprochen dem „Führer“, der plötzlich von seinem Versprechen ablassen mußte.

Statt Papen wird am 2. Mai Goering zum Preussischen Ministerpräsidenten gewählt werden. Papen wird wahrscheinlich mit dem Amt des Außenministers abgefunden. Der gegenwärtige Außenminister soll in die Wüste geschickt werden.

Fälle ähnlicher Art, aus denen sich ergibt, daß die Regierungsparteien sich alles andere als ehrenhaft verbunden fühlen, könnten zu Tugenden angeführt werden. Alle Feierlichkeiten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb der Regierungskoalition schon heute auf allen Gebieten ernste Meinungsverschiedenheiten zu verzeichnen sind. Es inhiert bereits bedenklich. Allerdings ist es noch völlig ungewiß, wann es zu trochen beginnt!

Tagesneuigkeiten

Reif.

Schon war das letzte Eis von den Feldrändern fortgetaut, in warmer, strahlender Reife hat gestern der Himmel geklaut; ein zarter, grüner Schimmer war über die Erde gebreitet, über die der Blick heut sehndempur zur Höhe gleitet:

Reif!

Weiß, wie ein Bohrtuch liegt es über der leuchtlichen Au. Ein Bockfisch jag über den Himmel: Kalt, grau. Und keine Seele friert, zittert. Denn Tag um Tag wird sie von süßster Haut geschändet, mißhandelt. Doch jeder neue Schlag reißt die Decke mehr fort, unter der das Feuer schon brandelt.

Kopf hoch drum!

Nicht nutzloses Hindämmern, Grämen —

Wisse:

Rorgen wird wieder die Sonne scheinen!

Hans Honheiser.

Die englische Flugzeug-Katastrophe

Ursache unauflösbar?

London, 29. März. (AP.) Der Chef des Unfall - Inspektorats im Luftfahrtministerium, Major Cooper, begab sich heute mittels Flugzeug und in Begleitung seines Assistenten Davy nach der Unfallstelle, an der gestern das britische Flugzeug „City of Liverpool“ abstürzte, wobei bekanntlich fünfzehn Personen getötet wurden. Major Cooper will die Ursachen des Absturzes feststellen, doch glaubt man, daß sie, wie sie augenblicklich ein vollkommenes Rätsel darstellen, auch weiterhin unauflösbar bleiben dürften, da von dem Flugzeug nur mehr ein vollständiger Trümmerhaufen übrig ist. Aus den Auslagen der Augenzeugen ist zu entnehmen, daß das Flugzeug in der Luft explodierte und noch vor dem Aufprall auf den Erdboden in Flammen ausging. Pilot Leelu war einer der erfahrensten britischen Piloten und hatte eine 18jährige Flugenerfahrung hinter sich, das von ihm geleitete Flugzeug stellt eine der sichersten Typen dar, welche seit ihrer Indienststellung keinerlei Unfälle oder Fehler aufzuweisen hatten.

Die Flugzeuge der britischen Aerolinen hatten im abgelaufenen Monat seit der vor neun Jahren stattgefundenen Gründung der Gesellschaft insgesamt zehn Millionen Meilen durchfliegen, wobei nur fünf Unfälle verbunden mit Verletzung von Reisenden verzeichnet wurden. Der Ruf der Gesellschaft war so gut und der Inspektionsdienst so sorgfältig und vollkommen, daß die Versicherungsgesellschaft erst jüngst die Versicherungssätze für die Flüge der britischen Reichsaerolinen herabsetzte.

Der Pilot Kapitän Leelu war in britischen Flugkreisen sehr bekannt. Er hatte seinerzeit das Flugzeug geleitet, in welchem das britische Königspaar flog. Genau fünf Minuten vor der Katastrophe trat auf dem Cranborne Flughäfen das übliche Radiotelegramm von Leelu

ein: „O R Dsch — all correct dsch (Alles in Ordnung).“

Nach den letzten Feststellungen der belgischen Fluggesellschaft Sabena befand sich unter den tödlich verunglückten Fahrgästen des bei Dignin abgestürzten englischen Flugzeuges nur ein einziger deutscher Fahrgast, nämlich Fräulein Boh, die, aus Barmen stammend, in Köln an Bord gegangen war.

Hungerstreik in einer Lehrerbildungsanstalt.

Paris, 29. März. Wie aus Aix-en-Provence berichtet wird, sind die Studenten der Lehrerbildungsanstalt, die gleichzeitig Pensionat ist, am Montag abend zum Zeichen des Protestes dagegen, daß die Direktion einigen ihrer Forderungen nicht entsprochen hat, in den Hungerstreik getreten. Als sie sich auch gestern nicht im Speisesaal zum Mittagessen einfinden und es ablehnen, an einem Vortrag des Anstaltsdirektors teilzunehmen, ordnete dieser an, daß alle Studenten sofort die Schule zu verlassen haben. Das Unterrichtsministerium teilt mit, daß die Ursachen unter den Studenten keinen politischen Hintergrund haben, sondern rein inneren Charakter tragen. Der Minister verfügte die einstweilige Entlassung aller Schüler aus der Anstalt und betraute einen Inspektor mit der schleunigen Untersuchung des Falles.

Im Ramen Gottes. Die Polizeidirektion in Biffen erstattete gegen den 49jährigen erwerbslosen Beamten Eduard Prolesch die Strafanzeige, da er zwei Jahre hindurch unberechtigt Weise für den Rat der katholischen Frauen in Prag Beiträge zur angeblichen Errichtung einer Aufschwüsstätte einjammelte. Die Höhe der Schadenssumme steht noch nicht fest.

Nationalsozialistische Erzählungen. In der Montag-Nacht wurden in Fürth etwa 60 Kommunisten verhaftet, die in dem Verdacht stehen, ein Sprengstoffattentat auf das städtische Gaswerk in Fürth vorbereitet zu haben. Die Polizei war in den Besitz von Geheimschriften gelangt, in denen das Attentat angekündigt wurde. Das städtische Gaswerk war daraufhin bereits am Montag abends durch Polizei und SA besetzt worden.

Zurück ins Mittelalter! Blättermeldungen zufolge hat der bairische Justizminister den Leiter der bairischen Studentenschaft ermächtigt, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß das Mensurverbot in Bayern aufgehoben ist. — Eine ähnliche Entscheidung wurde bereits auch in Baden getroffen.

Vom Reichstag zur Scheune. Die NSDAP hat da veranstaltet am Samstag einen deutschen Abend, der von etwa 700 Personen besucht war. Wegen Schluß der Veranstaltung erlosch plötzlich Feueralarm. Aus der Scheune des Gasthauses schlugen die Flammen. Nur durch die angestrenzte Tätigkeit der Feuerwehr gelang es, ein Uebergreifen aus dem Saal zu verhindern, unter dessen Besuchern eine Panik ausbrach. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor. Die in der Stadt anwesenden Kommunisten, darunter auch solche von auswärtig, wurden festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt bis auf einen jungen Mann von 19 Jahren, aus Darmstadt, in dessen Besitz eine halb geleerte Aetherflasche (?) gefunden wurde.

Unsere Maifestschrift

ist unter dem Motto

Zum Gedächtnis

Karl Marx gest. 14. März 1883

leben erschienen. Sie umfasst neben einem zweifarbigen bedruckten Umschlag 16 Seiten Text, und zwar folgende Beiträge:

- Karl Marx: Krieg den deutschen Zuständen!
- Karl Kautsky: Karl Marx zum Gedächtnis.
- Anton Karolik: Karl Marx und die Gewerkschaften.
- Rag Adler (Wien): Die Produktivkräfte.
- Georg Stolz: Die Verfolgung der Deutsch-französischen Jahrbücher in Böhmen.
- Josef Hofbauer: Wie ich zu Marx kam.
- Karl Kern: Engels, der Freund.
- Emil Franzel: Der Faschismus in der Tschechoslowakei.
- Gedichte: Der Arbeiter an den Fabrikanten; Karl Marx-Totenfeier.

Das Titelblatt ist von G. H. Trapp entworfen, im Text enthält die Maifestschrift ein Bild von Marx nach einer Zeichnung von Heinrich Zille, ein Bild Engels von Reggelli und vier Reproduktionen von Kunstwerken (Greiner, Rembrandt, Käthe Kollwitz).

Verkaufspreis (im Inland): K 1.—. Preis für die Bezirksorganisation: 70 Heller.

Bestellungen sind zu richten an die

Zentralstelle für das Bildungswesen Prag II., Nekázanka 18.

Die Nazi-Ordnung aussieht. Gegenüber den offiziellen Eigenmeldungen aus Deutschland, daß „bereits“ wieder „Ordnung“ herrscht, ist aus Dresden zu berichten, daß dort das Gewerkschaftshaus, die Parteidruckerei etc. immer noch von SA besetzt sind. Die Brautenden haben sich im Gewerkschaftshaus häuslich eingerichtet und fressen und saufen auf Kosten des Gewerkschaftswirtes. Es ist aus dem Gewerkschaftshaus eine regelrechte SA-Kolonie geworden. SA und daubene Reichswehr hält Wache. Siebzehn bis achtzehnjährige braunbemalte Hilfspolizisten tragen schwere Revolver. Die SA-Hilfspolizei fährt in großen Autos herum, die dem — Konsumverein „Vorwärts“ gehören, diesen also weggenommen wurden. Brutale Gewalt gegenüber den Marxisten, d. h. Arbeitern, Willkürherrschaft der Brautenden, das ist die „Ruhe und Ordnung“ der Nazis.

1. Mai in Deutschland Arbeitstag. Auf Grund von § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 hat der Reichskommissar für das Land Sachsen bestimmt, daß der 1. Mai 1933 nicht mehr als allgemeiner Feiertag begangen wird. Sachsen war das letzte Land, in dem der 1. Mai als Feiertag begangen wurde.

So ergeht's nicht nur dem Professor Einstein! Professor Albert Einstein, der für die Dauer des gegenwärtigen Regimes in Deutschland freiwillig an der belgischen Küste leben will, erklärte bei seiner Ankunft in Brüssel: Wegen der schlechten Nachrichten aus Deutschland habe ich in der letzten Zeit einige Nächte hindurch nicht geschlafen.

Mutige Familientragödie. Der Obersforster Schmidt aus Rotheshütte (Südwestharz) erschah in der vergangenen Nacht seinen achtjährigen Sohn und verübte dann Selbstmord. Die Frau des Oberforsters vergiftete sich mit Gas. Die Motive der Tat sind noch ungeklärt.

Äußerste Nachrichten. Der Gemeinderat von Inns (Tirol) hat als der ersten Stadt in Oesterreich dem Reichsführer Hitler das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Die Film-Schauspielerin Marlene Dietrich erlitt in Hollywood bei einem Sturz vom Pferde Querschnitten und eine Gehirnerschütterung geringeren Grades.

Die Explosionskatastrophe in Haltern hat ein fünftes Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus ist ein SA-Mann seinen schweren Brandwunden erlegen. Das Befinden mehrerer anderer Schwerverletzten gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Rassenraub. Im Rassenraum einer Nebenfeste der Städtischen Sparkasse Bremen raubten Dienstag zwei junge maskierte Leute 1500 Mark und Kleideten mit ihrer Beute in einem am morgen gestohlenen Personenkraftwagen.

Stürme und Springfluten haben auf der Eisenbahnstrecke Messina-Syrakus auf etwa 30 Meter die Gleise beschädigt. Einige Gebäude sind eingestürzt. Die Eisenbahnstrecke an der kalabrischen Küste hat schweren Schaden gelitten, da die Sturzwellen stellenweise die Gleise fortgeschwemmt.

Der Polizeiverkehr an den Osterfeiertagen. Samstag, den 15. April 1933, werden die Amtsstunden für den Parteiverkehr im Potsdamer und auch die Briefpostanstaltungen um 15 Uhr geschlossen. Montag, den 17. April 1933, wird der Dienst im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr wie an Feiertagen versehen werden.

George Bernhard Shaw, der mit seiner Gattin und dem Zeitungsmanagern George Hearst an Bord eines Flugzeuges von St. Simon nach Los Angeles flog, mußte während eines heftigen Regengusses und Gewitters an der Küste in der Filmstadt Hollywood notlanden.

Das Vaterunser

im Zeichen der Zeit

1. Das Vaterunser der SA. und SS:

Unser Adolf, der du jetzt in Berlin gemordet wird in deinem Namen, zu uns komme dein Reich, dein Wille geschehe in Preußen wie in den Ländern, unsere tägliche Rundfunkrede gib uns auch heute, erlöse uns unsere Schulden wie du es versprochen hast, denn dein ist jetzt das Reich, die Reichswehr, die Hatzburger und 52 Prozent aller deutschen Stimmen, jetzt und für alle Ewigkeit. Amen.

Das Vaterunser der Minister, Kommissare und Beamten des neuen Reichs:

Unser Adolf, der du bist unser Führer, erhalte uns unsere Futterkrippe, zu uns komme dein Gehaltsabbau, nach deinem Willen regieren wir in Preußen wie in den Ländern, unsere täglichen Terrorakte veranlassen wir auch heute, entlasse unsere Nordbuben aus der Haft denn dein ist ja heute das Reich, das Zentrum und die Bauernliche Volkspartei, jetzt und für alle Ewigkeit. Amen.

3. Die dummen Bauern beten das Vaterunser jetzt so:

Adolf Hitler, der wir dich aus Aader gebracht haben, gefast haben wir in deinem Namen, wann kommen die kostenlosen Knechte und Mäde, wir warten in Preußen und in den Ländern täglich auf deine Hilfe, wann erlöst du uns unsere Schulden, worauf wir so sicher gehofft haben, denn bald ist unsere Gehalt alle und dann launst du was erleben, wir werden dich fortjagen, für jetzt und für alle Ewigkeit. Amen.

4. Wilhelm von Doorn und seine Spröhlinge beten:

Adolf Hitler, der er nicht ist von Gottes Gnaden, wann denkst er, mich nach Berlin zu

berufen, damit mein Wille geschehe in Preußen wie in den Ländern, meine täglichen Paraden möchte ich haben auch heute noch, gib es mir wieder meine Apanage wie er es versprochen hat, denn es ist die Zeit, daß Gottes Gnaden uns wieder einsetzt ins Reich, jetzt und für alle Ewigkeit. Amen.

5. Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot:

Adolf Hitler, der du jetzt sitzt im Sattel, wir fragen dich in Eugeubergs und Papens Namen, wann kommen wir dran, wo bleibt unser Recht in Preußen und in den Ländern, wir machen täglich die Fackelzüge mit, aber wo sind unsere Fackeln wie du es versprochen hast, denn dein ist jetzt das Reich, und wenn du nicht Wort hältst, zerstören wir die Hatzburger Front, jetzt und für alle Ewigkeit. Amen.

6. Die Rundfunkhörer:

Adolf Hitler, der du redest über alle deutschen Sender, zu uns komme deine Welle, aber wir halten sie ab in Preußen wie in den Ländern, unser täglich Brot launst du uns damit nicht geben und deine Lügen glauben wir doch nicht und auch dein Reich wird einst vergehen und Feinde wird wieder eingehen im Kerber halb und für alle Ewigkeit. Amen.

7. Die geknebelte Presse und ihr Vaterunser:

Adolf Hitler, der du gestirren läßt die Presse und verbietest sie in deinem Namen, arme Presse im Reich, deinen Quatsch muß sie drucken in Preußen wie in den Ländern, deine täglichen Lügen erscheinen auch heute, verschone uns von dem Hölischen Beobachter, dem Angriff und dem Stahlhelm, denn lügen tun sie alle, jetzt und schon seit aller Ewigkeit. Amen.

K. L. S.

Manhattan geht in Konkurs.

Kurzbericht aus der amerikanischen Krise.

(Von unserem Korrespondenten.)

New York, im März 1933. Wie ein Erdbeben hat die Krise der letzten Wochen New York durchgerüttelt. Die „Banker“ und „Profes“ an der Börse haben gespürt, daß man nicht unentwegt ins Blaue hineinleben darf und haben daher erst einmal zahllose Angestellte auf die Straße gesetzt. Das geht drüber, wo es feineres Geschäftsgut gibt, von heute auf morgen. Eine praktische Sache, bei der man schnell viel Geld einspart. Inzwischen hält man sich offensichtlich dem gewohnten Luxusleben etwas fern. Die feudalen Landklubs und die Golfplätze sind vereinsamt. Besonders nach außen ist der letzte Modenschrei der Millionäre. Sie alle tun so, als ob sie die Dollars für die Miete ihrer Paläste in der Park Avenue mühsam zusammenkratzen müßten. Uebrigens sind die Häuser der Gault und Vanderbilt geschlossen. Die Herrschaften sind im Süden oder in Paris. In der Wallstreet beschwert man sich, daß der Aktienmarkt so stark gesunken ist. Die Waller sind unzufrieden.

Das Straßenbild jenseits der Millionärs- viertel am Hudson hat sich infolge der Bankenkrise allerdings sehr deutlich verändert. Die Wolkenkratzer stehen so gut wie leer. Man nennt sie jetzt etwas häßlich „Palast der Geister“. Am Broadway sieht man fast Haus bei Haus in den Läden Zwangsversteigerungen. Ueberall hängen die Schilder: Zu vermieten. Rockefeller's neuerbaute Vergnügungszentrale Radio-City ist schon jetzt pleite. Das riesige RKO-Kino geschlossen. Längs des Broadway stehen auf beiden Straßenseiten in dichter Reihe arbeitslose Angestellte, die auf Gelegenheitsgeschäfte warten, die es nicht gibt. Ein alter blinder Chinese, der zu betteln wagt, wird von den Konstabler fortgejagt. Ein arbeitsloses Regfield-Girl, das bedeutend erfreulicher aussieht, als ein alter blinder Chinese, darf unbehelligt auf einem vergoldeten Zagophon den Schläger aus dem letzten Chevalier-Film spielen. Sie verdient mehr, als der Blinde.

An der Battery, Park-Play, legen trotz der Kälte auf allen Bänken obdachlose Proleten. Genau so sieht es im Angesicht der Millionärshäuser im Central-Park aus, genau so in den Untergrundbahnen, auf dem weiten Union-Square. Dort allerdings wird debattiert, von morgens bis abends. Die Buden des „Milk-Roads“ sind geschlossen. Die Feldarmee hat mitgeteilt, daß sie die Armenspeisungen mangels Mittel einschränken müsse. Ein und wieder verteilt sie Äpfel an die Hungernden. Schöne rote Californier, die von den Obstporturen nicht abgelehrt werden konnten. Von einem Apfel kann man aber nicht lange leben.

Der Führer der New Yorker Arbeitslosen ist ein früherer Metallarbeiter namens Benjamin. Er weiß auch nicht, was werden soll. Ob nun endlich der Staat für die verhungerten Arbeitslosen etwas tun wird. Hoover hatte erklärt, dieses Problem ginge den Staat nichts an, daß sei ein Feld für die private Initiative. Hoover interessiert die arbeitslosen Proleten nicht. Im Gegenteil!

Rund um New York haben sich die Arbeitslosen, die man drüben genau so ermittelt, wie im alten Europa, Notdörfer gebaut. Aus alten

Kisten und leeren Deckenstern. Man nennt sie „Hoovers Städte“. Dort draußen herrscht das unverbüllteste Elend, dort darf es herrschen, weil es ja dort niemand sieht. Ein paar Notdörfer, die nahe dem Piers lagen, wurden eines Tages durch Polizei geräumt und angezündet. Die ankommenden Europäer brauchen diese Elendsquartiere nicht zu sehen. Das macht einen schledigen Eindruck und stört das überwältigende Bild, das die Wolkenkratzerstadt von der Seeferse her macht.

Es gibt natürlich auch Wohltätigkeit „im Großen“. Die Kommunen versuchen eine Art Arbeitslosenunterstützung zu organisieren. Einmal wurde durch die Stadtverwaltung und etwas Geld wurde durch Sammlungen bei den großen Geschäftsleuten aufgebracht. Aber New York hat eine Million Arbeitslose. Im Staat New York, mit Brooklyn und Jersey sind es an zwei Millionen. Unterstützung bekamen nur rund 100.000 Familien. Wochenweise, hier und da einmal, und dann ein paar Dollar nur. Auch das ist jetzt vorbei, denn die Geschäftsleute geben nichts mehr, sie sagen, sie wählen selber nicht mehr, wovon sie leben sollen. Auf dem flachen Land draußen sieht es beinahe noch schlimmer aus, als in New York. Die Farmergebiete sind unbesessene Elendsgebiete. In eine Hilfe denkt kein Mensch.

Streiks werden rücksichtslos niedergeschlagen. Mit Einsatz aller staatlichen Brutalität. Streikgebiete, besonders in den Bergbaubezirken, werden völlig isoliert durch Militär und Polizei. Solidaritätsaktionen der Arbeiterschaft abgewürgt, indem die eintreffenden Lebensmittel beschlagnahmt und die Hilfskassen geschlossen werden. Die Demokratie geht mit Tränen des Arbeiterbewegung zu Leibe. Die Gefängnisse in diesen Streikgebieten sind überfüllt. Aber die „Miners“ kämpfen weiter.

Inzwischen läuft auf dem New Yorker Broadway die Fingelf-Show-wood unentwegt seit drei Jahren Abend für Abend. „Die müssen China-Town sehen!“ brüllen die Fremdenführer. Auf den Dachgärten der Luxushotels spielen Whiteman und seine Konkurrenten. Ein Abendbrot ist unter 10 Dollar nicht zu haben. Man hört, daß Börsengeschäfte mit England gut seien, wenn man sie schnell abwickle. Und, daß man im April an die Riviera fahren wolle.

Von Deutschland spricht man nicht viel. Deutschland ist weit und Geschäfte kann man auch mit anderen Ländern machen. Am Union-Square legen sich zur gleichen Zeit ein paar tausend Obdachlose in Haustüren schlafen. Zugedeckt sind sie mit dem Börsezeitung der New York Evening Post. Am Hafen liegt die „Sawagen Moon“, die allabendlich Mondscheinfahrten in See macht. Die Papiergeländer jähren im eigenen Wind. Von ferne leuchtet die Fackel der Freiheitsstatue. Sie dreht der Träneninsel Ellis Island, wo hunderte Ausgewiesener auf den Abgang warten, den Rücken zu.

P. P. Franke.

Verlangt überall
Volkszunder

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Bücher sind Freunde
Bücher sind Gefährten

Verlangt überall

VOLKSZUNDER
SOLO A.S.T.

Zum Osterfest!

Backen Sie ein gutes Osterbrot mit Sana nach diesem Rezept:

1/2 kg Mehl, 10 Hkg Zucker, 10 dkg Sana, 3 Dotter, Zitronenschale, Salz, 3 dkg Hefe, 1/2 l Milch. Die in der Milch aufgelöste Hefe vermengt man mit den übrigen Zutaten, macht einen glatten Teig und formt einen Laib, der nach dem Aufgehen goldgelb gebacken wird.

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Kinodirektoren unter Anklage der Gebührenhinterziehung.

Die rätselhafte Perforierungsmaschine.

Prag, 29. März. Drei Kinodirektoren erschienen heute vor dem Senat des OGH. Svambers, und Josef Jelinek, Besitzer des „Bellis“ und Wittinhaber der Kinos „Alma“, „Kory“, „Belvedere“ und „Kosba“, ferner Franz Kolaf, Direktor des Kinos „Alma“, und Ulrich Krizik, Direktor des Bios „Slant“. Die Anklage legt ihnen zur Last, im Verlauf des Jahres 1932 auf einer eigenen Perforierungsmaschine auf den Eintrittskarten die dem Magistrat zu erwerbende Perforierungsmarkte der Fußfahrkarte abzugeben nachgekauft zu haben, so daß auf diese Weise nach Schätzung der Anklage

der Magistrat um 495.000 K Abgabe geschädigt worden sei. Da aber die ordnungsgemäß perforierten Kupon gleichzeitig die Grundlage zur Berechnung mit den am Gewinn beteiligten Verleiherinnen dienen, seien nach den Ausführungen der Anklage auch eine Reihe dieser Firmen um teilweise sehr beträchtliche Beträge geschädigt worden. Inzwischen wurde im Jahre 1932 eine Perforierungsmaschine durch Direktor Kolaf auf Erlaß Jelineks von dem Rechtsanwalt Karl Abraham bestellt und später noch durch eine bessere und teurere ersetzt, weshalb Abraham wegen Teilnahme mitangeklagt wurde.

Kun ist allerdings der Besitz einer solchen Maschine, die ja auch anderen Zwecken dienen kann, noch kein Verbrechen, doch ist ihr das Zeichen des Magistrates nachgekauft wurde, worauf es hier ja ankommt. Kompliziert wird die Sache noch durch die geübte Kosteneinsparungspraxis, nach welcher die nicht abgekauften Karten binnen Tagen vorgelegt werden können und bei der Abrechnung nicht weiter in Frage kommen. So ergeben sich natürlich Rückstände und Unklarheiten, die es sehr schwierig machen, ein deutliches Bild des fraglichen Sachverhaltes zu schaffen. Demgemäß dauerte die Verhandlung auch den ganzen Vormittag. Die vorgeladenen Zeugen legten durchwegs entlastend oder doch unbestimmt aus, die Sachverständigen erklärten, eine betrügerische Absicht nicht feststellen zu können, die Vertreter der angeblich geschädigten Verleiherfirmen erklärten einmütig, sich nicht benachteiligt zu fühlen und keinerlei Ansprüche zu erheben und auch der Magistrat hat sich mit Bezahlung eines Vergleichsbetrages von 100.000 K zurückgezogen. Offenbar gab es also gewisse Unklarheiten, die nun zur allgemeinen Zufriedenheit aus der Welt geschafft sind und über deren nähere Beschaffenheit wir nichts zu sagen vermögen. Jedenfalls wurde ein Schuldbekennnis nicht erbracht und das Gericht sprach alle Angeklagten frei.

Die zweite Schwurgerichtsperiode

beginnt morgen mit einer Anklage wegen Brandstiftung gegen den 30jährigen Franz Vicha. Es handelt sich um den Raubakt eines abgewiesenen Diebstahls. Die Schwurgerichtssession, vermutlich die letzte im alten Gerichtssaal, am Karloplatz, umfasst vorläufig elf Fälle.

und soll bis zum 11. April dauern, doch ist nicht ausgeschlossen, daß noch ein oder zwei Fälle angehängt werden.

Kunst und Wissen

Kollektivvertrag der Schauspieler der deutschen Theater in der Tschechoslowakei abgeschlossen.

Der Kollektivvertrag der Schauspieler der deutschen Theater in der Tschechoslowakei für die Spielzeit 1933/34 wurde auf Grund der Verhandlungen vom 10. März, die unter dem Vorsitz der Direktoren Dr. Paul Gaer und Felix Knipfer zwischen dem Verband deutscher Bühnenleiter in der Tschechoslowakei und dem Bühnenbund in der Tschechoslowakei in Brünn unterzeichnet wurden, mit unversehrten Änderungen gegenüber dem in Geltung stehenden Kollektivvertrag rechtsgültig abgeschlossen.

IX. Arbeitervorstellung. Sonntag, den 9. April, um halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater: Die Komödie der Irrungen von Shakespeare. In neuer Fassung von G. Kolbe.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 30. März: „Fidelio“ (U). Freitag, 31. März: „Bild im Haus“, Gastspiel Theater in der Hofstadt (MA). Samstag, 1. April: „Glückliche Reise“ (D).

Wochenplan des Kleinen Theaters. Donnerstag, 30. März: „Komödie der Irrungen“. Freitag, 31. März: „Eva tanzt das Paradis“ (Kulturverbandsabend). Samstag, 1. April: „Komödie der Irrungen“.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. A. III. Genie Gruppenabend in der Liga. Genosse Prof. Dertwig: Religion und Nationalismus. Komm. pünktlich um 8 Uhr.

Bezirksverein „Arbeiterfürsorge“ Prag.

Generalversammlung

am Freitag, den 31. März, um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus am Berglein (Zentralkonferenzraum).

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Berichte. 3. Wahlen. 4. Freie Anträge.

Um vollständiges Erscheinen ersucht Die Vereinsleitung.

Bisherige Ausschusssitzung am 7. März.

Braves Mädchen

für alle häuslichen Arbeiten gesucht.

Vorzustellen vormittags bei H. Strauß, Prag VII, Janovského 1251.

Verlagsgesellschaft Prag - Druckerei: Wilhelm Kitzner - Schriftführer: Rudolf Strauß, Prag - Druck: „Korona“ in der Zeitung „Der Tag“, Prag - Die in der Zeitung „Der Tag“ am 30. März 1933 erschienene Ausgabe ist die 12. Ausgabe des Monats März 1933. - Die in der Zeitung „Der Tag“ am 30. März 1933 erschienene Ausgabe ist die 12. Ausgabe des Monats März 1933. - Die in der Zeitung „Der Tag“ am 30. März 1933 erschienene Ausgabe ist die 12. Ausgabe des Monats März 1933.

5%ige staatliche Arbeitsanleihe der Tschechoslowakischen Republik vom Jahre 1933

„Wenn die Leute arbeiten wollen, darf das Geld nicht feiern.“
Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik T. G. Masaryk bei Unterzeichnung des Gesetzes über die Arbeitsanleihe.

Zeichnungskurs: 100.- Prämie bei der Fälligkeit: 10%

Die Anleihezinsen sind von der Rentensteuer und der Couponsteuer befreit. Die Anleihe ist zur Anlage von Waisengeldern geeignet, bringt Erleichterungen bei der Zahlung von Steuerrückständen, bei der nachträglichen Einbekennung bisher nicht besteuert Kapitalbeträge und bei der Zahlung der Erbsteuer.

Die Coupons der Stücke zu 200 und 500 Kč sind ganzjährig jeweils am 1. Dezember, die Coupons der Stücke zu 1000 Kč und der höheren Stücke sind halbjährig jeweils am 1. Juni und 1. Dezember fällig.

Verlosung längstens binnen 20 Jahren beginnend mit dem Jahre 1935. Bei der Tilgung durch Ankauf auf dem Markte unter dem Nennwerte kommt die erzielte Ersparung den Inhabern aller noch nicht getilgten Schuldverschreibungen zugute (variabler Coupon).

Zeichnungsfrist vom 30. März bis 15. Mai 1933.

Bedingungen und Art der Zeichnung

I. Bedingungen der Arbeitsanleihe.

1. Zeichnungskurs: 100.—, Zeichnungskurs für die mit Steuerbegünstigungen verbundenen Zeichnungen nach § 6 des Gesetzes: 105.—.

2. Die Arbeitsanleihe wird in Stücken zu 200, 500, 1.000, 5.000, 10.000 und 50.000 Kč, lautend auf den Überbringer, ausgegeben.

3. Die Schuldverschreibungen werden mit 5 von 100 jährlich im nachhinein vom 1. Juni 1933 an verzinst. Mit Ausnahme der Schuldverschreibungen zu 200 und 500 Kč werden jeder Schuldverschreibung 43 Halbjahrcoupons angeschlossen, von denen der erste am 1. Dezember 1933, der letzte am 1. Dezember 1954 fällig sein wird. Den Schuldverschreibungen zu 200 und 500 Kč werden 1 Halbjahrcoupon, fällig am 1. Dezember 1933, und 21 Jahrescoupons angeschlossen, von denen der erste am 1. Dezember 1934, der letzte am 1. Dezember 1954 fällig sein wird.

4. Die Arbeitsanleihe wird in der Zeit vom 1. Dezember 1935 bis 1. Dezember 1954 getilgt. Alljährlich wird ein Zwanzigstel der gesamten Schuld getilgt. Die Tilgung erfolgt durch Verlosung, welche jeweils am 1. November öffentlich unter Beteiligung der Obersten Rechnungskontrollbehörde vorgenommen wird und bei der die notwendige Anzahl von Schuldverschreibungen ausgelost werden wird.

Der Finanzminister kann jedoch, wenn der Kurs der Anleihe unter den Nennwert sinkt, die Tilgung durch Ankauf von Schuldverschreibungen auf dem Markte durchführen. Wenn auf diese Weise nicht das ganze Zwanzigstel getilgt wird, wird der Rest durch Verlosung getilgt. Im Amtsblatte wird längstens jeweils am 31. Oktober verlautbart, ob, in welchem Umfange und wo die Verlosung erfolgen wird.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden am 1. Dezember mit ihrem um die 10%ige Prämie erhöhten Nennwerte, also zum Kurse von 110.—, ausgezahlt.

Wenn die Tilgung durch Ankauf auf dem Markte unter dem Nennwerte vorgenommen wird, kommt die erzielte Ersparung, d. i. die Differenz zwischen dem Ankaufskurse und dem Kurse von 110.—, mit welchem die Schuldverschreibungen auszuzahlen wären, wenn es zur Verlosung kommen würde, den Inhabern aller noch nicht getilgten Schuldverschreibungen zugute und wird ihnen auf den nächsten Zinscoupon als Erhöhung der laufenden Verzinsung ausgezahlt. Auf die am 1. Dezember fälligen Coupons wird daher, wenn es zu einer Tilgung durch Ankauf unter dem Nennwerte kommt, der erhöhte Betrag ausgezahlt werden. Wieviel die durch Ankauf erzielte Ersparung beträgt und wieviel die auf den nächsten Dezembercoupon entfallende Erhöhung ausmacht, wird im Amtsblatte in der erwähnten Kundmachung über die Verlosung verlautbart.

5. Am Tage der Fälligkeit der Schuldverschreibungen erlischt die Verpflichtung des Staates zur Zinszahlung. Bei der Auszahlung des Nennwertes müssen mit der Schuldverschreibung alle am Tage der Fälligkeit der Schuldverschreibung noch nicht fälligen Coupons zurückgegeben werden, widrigenfalls ihr Wert abgezogen wird.

6. Die Forderung aus der Schuldverschreibung verjährt nach 30 Jahren, die Forderung aus den Coupons nach 6 Jahren vom Tage der Fälligkeit an.

7. Zinsen und Kapital werden ohne Abzüge irgendeiner Art ausgezahlt. Die Zinsen sind von der Rentensteuer auf Grund des § 74, Z. 15, des Gesetzes vom 15. Juni 1927, S. d. G. u. V. Nr. 76, und von der Couponsteuer auf Grund des Gesetzes vom 21. März 1933, S. d. G. u. V. Nr. 47, befreit.

8. Auf Grund der geltenden Vorschriften ist die Anleihe zur Anlage von Waisengeldern geeignet.

II. Art der Zeichnung.

A. Für alle Zeichnungen, jene ausgenommen, welche von der Steuerbegünstigung nach § 6 des Gesetzes Gebrauch machen.

Die Zeichnung kann bei folgenden Anstalten und ihren Zweigniederlassungen erfolgen.

Agrární banka československá,
Angločeskoslovenská und Prager Creditbank,
Bank für Handel und Industrie, ehemals „Länderbank“,
Banka československých legií,
Böhmische Escomptebank und Creditanstalt,
Böhmische Hypothekenbank,
Böhmische Industrialbank,
Böhmische Unionbank,
Česká banka,
Landesbank,
Mährische Bank,
Městská spořitelna pražská,
Postsparkasse,
Slovenská banka,
Ústřední banka českých spořitelén,
Zivnostenská banka.

Die Zeichnung beginnt Donnerstag, den 30. März 1933, und endet Montag, den 15. Mai 1933.

Der Zeichnungspreis beträgt 100%, d. i. 100 Kč für 100 Kč Nennwert. Da die Verzinsung der Arbeitsanleihe am 1. Juni 1933 beginnt, wird dem Zeichner bei der Zeichnung die 5%ige Verzinsung des Nennwertes vom Zeichnungstage bis zum 31. Mai 1933 ersetzt. Um diesen Zinsbetrag verringert sich jener Barbetrag, der bei der Zeichnung zu erlösen ist.

Neben der üblichen Bestätigung über die Zeichnung, gegen welche die Zeichnungsstelle dem Zeichner die definitiven Schuldverschreibungen nach deren Ausfertigung ausfolgt, erhält der Zeichner bei der Zeichnung noch einen besonderen Nachweis zu Steuerzwecken, der den Überbringer zur Begleichung von Steuerrückständen in der im § 7 des Gesetzes festgesetzten Art, d. i. zur Erlangung eines Nachlasses auf Steuerrückstände berechtigt.

Die Schuldverschreibungen der Arbeitsanleihe werden spätestens innerhalb von 3 Monaten ausgefertigt.

B. Abweichungen für Zeichnungen, welche von der Begünstigung nach § 6 des Gesetzes Gebrauch machen.

Für diese Zeichner beträgt der Zeichnungspreis 105 Prozent also 105 Kč für je 100 Kč Nennwert. Ersatz der Zinsen wie bei den allgemeinen Zeichnungen.

Diese Zeichner erhalten keinen Nachweis, welcher den Überbringer zur Erlangung eines Nachlasses auf Steuerrückstände berechtigt. Dagegen erhalten sie eine besondere Bestätigung für die zuständige Steuerverwaltung, mit der sie nachweisen, daß sie das nachträglich zur Besteuerung angemeldete Kapital zur Zeichnung der Arbeitsanleihe verwendet haben.

Die auf diese Zeichnungen zugewiesenen Schuldverschreibungen der Arbeitsanleihe bleiben nach Ausfertigung in gebundener Verwahrung bei der Zeichnungsstelle. Der Zeichner erhält von der Zeichnungsstelle einen Verwahrungsschein, auf welchem die Gebundenheit für die Finanzverwaltung bis zum 15. Mai 1936 vorgemerkt sein wird. Erst nach Ablauf dieser Frist kann die Zeichnungsstelle die Schuldverschreibungen gegen Vorlage des Verwahrungsscheines ausfolgen. Die im Laufe der Zeit der Gebundenheit fälligen Coupons können jedoch inkassiert und dem Inhaber des Verwahrungsscheines ausgezahlt werden.

Mit der Zeichnung

der Arbeitsanleihe verbundene Steuerbegünstigungen

Mit der Zeichnung der Arbeitsanleihe sind dreierlei Steuerbegünstigungen verbunden:

1. Begünstigung für bisher nicht besteuerte Kapitalbeträge, die zur Zeichnung der Arbeitsanleihe verwendet werden (§ 6 des Gesetzes).

Wenn ein Zeichner bis zum 15. Mai 1933 seine Steuerbekanntnisse für das Steuerjahr 1932 hinsichtlich seines Einkommens aus dem Kapitalvermögen richtiggestellt und innerhalb derselben Frist Arbeitsanleihe für das ganze nachträglich einbekannte Kapitalvermögen zum Zeichnungskurse von 105.— zeichnet, darf das erwähnte nachträgliche Bekanntnis weder einen Grund zur nachträglichen Bemessung von Steuern und öffentlichen Abgaben für das Steuerjahr 1931 und die früheren Jahre, noch einen Grund zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Hinterziehung dieser Steuern und Abgaben überhaupt oder wegen einer Übertragung nach Art. 2, Abs. 3, des Gesetzes vom 15. Juli 1932, S. d. G. u. V. Nr. 121 (Übertragung der Währungsvorschriften), bilden.

2. Nachlaß an Steuerrückständen (§ 7 des Gesetzes).

Dem Zeichner wird das Recht — ein Recht, das er anderen Personen zedieren kann — auf einen 25%igen Nachlaß der Steuerrückstände eingeräumt, wenn er die restlichen 75% zur Hälfte in barem und zur Hälfte in Schuldverschreibungen früherer Staatsanleihen bezahlt und wenn er Arbeitsanleihe in der Höhe von wenigstens 40% der so beglichenen Steuerrückstände zeichnet oder diese Zeichnung nachweist. Dem Zeichner von 1.000 Kč Arbeitsanleihe wird daher von einem Steuerrückstande per 2.500 Kč ein Betrag von 625 Kč nachgelassen, wenn er 937,50 Kč in barem und 937,50 Kč in Schuldverschreibungen früherer Staatsanleihen bezahlt.

Zum Zwecke der Erreichung dieses Nachlasses werden den Zeichnern — jedoch keineswegs jenen Zeichnern, welche von der Begünstigung für die überwachten nicht versicherten Kapitalbeträge Gebrauch machen — besondere Nachweise ausgefolgt, an deren Vorlage der Nachlaß gebunden ist. Durch den Verkauf des Nachweises verbilligt der Zeichner den Ersterbezug der Arbeitsanleihe. Der Steuerschuldner hat sodann mit Ausnahme der Bezahlung der 75%igen Rückstände nur einen kleinen Betrag zum Ankauf der Nachweise über die Zeichnung aufzuwenden, wodurch ihm erst die Ausnützung der Gelegenheit zu dem Nachlasse der Rückstände ermöglicht wird.

Diese Begünstigung erstreckt sich auf die Rückstände an direkten Steuern — mit Ausnahme der Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe — sowie auf die Rückstände an Umsatz- und an Luxussteuer für das Jahr 1930 und die früheren Jahre samt allen zu ihnen eingehobenen Zuschlägen, Verzugszinsen und Exekutionsgebühren.

Ausgeschlossen sind die Steuerrückstände, deren Bezahlung der Staat bei der Durchführung der Bodenreform übernommen hat oder deren Bezahlung dem Steuerträger deshalb gestundet wurde, weil ihm der Übernahmepreis für den übernommenen Grundbesitz noch nicht ausgezahlt oder das Zuteilungsverfahren noch nicht beendet worden ist; die dem Steuerträger gestundeten Rückstände jedoch nur insoweit, als sie im Übernahms- oder Zuteilungsverfahren Deckung finden.

3. Begünstigungen bei der Zahlung der Erbsteuer (§ 12 des Gesetzes).

Die Schuldverschreibungen der Arbeitsanleihe können mit ihrem Nennwerte zur Zahlung der Erbsteuer und der Immobilien-Verlassenschaftsgebühr verwendet werden. Dabei hat die zahlende Partei Anspruch darauf, daß aus der Grundlage für die Bemessung der Bereicherungssteuer der Person, für welche die Verlassenschaftsgebühren nach Angabe der zahlenden Partei derart bezahlt worden sind, ein diesen Abgaben gleichkommender Betrag ausgeschrieben werde.

Ausführliche Prospekte bei allen angeführten Zeichnungsstellen und deren Filialen